

Metallarbeiter-Zeitung

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des D. M.-V., Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,
Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW68, Alte Jakobstr. 148
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Anzeigen werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Dem Verbandstag zum Gruß!

Die Berliner Verwaltungsstelle des DMV

Von Max Urich, Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Berlin

Vom 17. August an ist der Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin versammelt. Zu den deutschen Vertretern gesellt sich eine stattliche Zahl von Abgeordneten ausländischer Bruderverbände. Sie alle kommen, um Rates zu pflegen und wichtige Entscheidungen zu treffen. Es ist lange her, daß die Kollegen-schaft Berlins das Parlament der Metallarbeiter in ihrer Mitte haben durfte. Wir sind daher herzlich erfreut über das hohe Vorrecht. Wir entbieten dem Verbandstag unsern brüderlichen Gruß. Wir heißen die deutschen wie die ausländischen Kameraden herzlich willkommen. Wir hoffen und wünschen, daß sie sich alle in unserer Mitte wohl fühlen werden. Sie werden, des sind wir gewiß, von Berlin mit dem Bewußtsein scheiden, daß sich hier eine Gruppe der Eisernen Internationale befindet, die sich an Kampfeslust und Wetterfestigkeit mit jeder anderen messen kann. Dafür hat sie von ihren ersten Tagen an den Beweis erbracht.

Es gibt schwerlich irgendwo eine gewerkschaftliche Ortsgruppe, die von ihrem Beginn an so schwer bedroht und umtobt war, wie die des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin. Als sie kaum aus der Taufe gehoben war, wurde sie von den Lokalisten hart bedrängt. Der Streit mit diesen ging bis ins Jahr 1897, wo die Vereinigung der örtlichen Organisationen Berlins mit dem DMV beschlossen wurde. Nun wurde die Werbearbeit unter den Metallarbeitern nicht mehr durch den ekligsten Streit: Lokalorganisation oder Zentralverband? vergiftet und man konnte auf raschere Zunahme der Mitglieder und des Einflusses hoffen. Während sich die Arbeiter stritten, waren die Unternehmer nicht müßig geblieben. Sie hatten sich ihre Organisation aufgebaut, in der so saubere Burschen wie die Kühnemänner ihre Schliche übten. Sie schufen sich das sogenannte Schwarze Kabinett, hantierten Schwarze Listen, machten auch, wo es immer ging, in ungewöhnlichem Terror.

Trotz dieser lieblichen Tätigkeit der Kühnemänner wuchs die Ortsgruppe des DMV in Berlin ganz gut. Im Jahre 1897 musterte sie 10 419 männliche und 142 weibliche Mitglieder. Die Zunahme ging, wenn auch etwas unregelmäßig, so doch immer vorstatten. Es wurden Mitglieder gezählt:

	männlich	weiblich
1901	22 374	358
1906	56 898	4 936
1913	80 468	8 261
1929	74 123	7 944

Nun wird gewiß mancher sagen, daß eine Mitgliedschaft von 82 067 in einer metallindustriellen Hochburg wie Berlin nicht befriedigen kann. Das ist so uneben nicht. Allein, man muß die ungeheuren Schwierigkeiten kennen, unter denen diese Mitgliederzahl erlangt oder gehalten werden muß. Nur wer die Schwierigkeiten der Werbearbeit unter den Metallarbeitern in Berlin kennt, der wird die Bedeutung dieser Mitgliederzahl ganz zu würdigen verstehen.

Seit 1920 haben die Kühnemänner eine Hilfe in den Kommunisten bekommen. Deren Kampf um die Eroberung oder Zertrümmerung der Ortsverwaltung ist genugsam bekannt. Er begann im Jahre 1920, als der damalige Bevollmächtigte Rusch aus Moskau zurückkehrte und seine bolschewistische Methoden einführen wollte. Bei der Auseinandersetzung mit dem Beauftragten der Kommunistischen Zentrale über die Frage Moskau-Amsterdam wurde der Streit auf beiden Seiten mit einer unerhörten Erbitterung geführt. Die Amsterdamer gingen aus dieser Auseinandersetzung als Sieger hervor. Die Kommunisten nannten diesen Sieg einen Pyrrhussieg und prophezeiten, daß sie im Jahre 1921 die Verwaltungsstelle Berlin erobern würden. Sie haben sich, wie zu meist, getäuscht. Sie leiteten einen Verleumdungsfeldzug gegen die Anhänger der Amsterdamer Richtung ein. Diese Art des persönlichen Kampfes führen die Kommunisten bis heute noch mit dem Erfolg, daß ihr Einfluß bei den organisierten Arbeitern immer mehr schwindet. Nachdem sie inne geworden waren, daß sie durch persönliche Verleumdung der Gegner sie ihr Ziel nicht erreichen konnten, griffen sie zu einem anderen Mittel. Sie gründeten selbständige Gewerkschaften. Um diesen Gewerkschaften wirkliche Arbeiter zuführen zu können,

provozierten sie in den Gewerkschaften Ausschlüsse bekannter Kommunisten, in der törichten Meinung, um mit diesen Ausgeschlossenen Tausende von Mitgliedern aus den freien Gewerkschaften herausziehen zu können. Sie provozierten gleichzeitig die Beitragssperre und wollten auf diese Art die Organisation absterben lassen.

Ein Schulbeispiel dieser Methode war die Auseinandersetzung mit den Rohrlegern. Die Rohrlegerkommission glaubte, im Verband machen zu können, was sie wollte. Die Beschlüsse der Organisation wurden einfach nicht beachtet und als der Vorstand auf Grund dieser Vorkommnisse dazu überging, die Branchenkommission aus dem Verband auszuschließen, begann der Großkampf, die Durchbruchschlacht, wie die Kommunisten es nannten, gegen die Ortsverwaltung. Sie schrieben an jenen Tagen ganz offen, der Rohrlegerstreik sei das Mittel, um endlich die Ortsverwaltung zu zertrümmern. Zu diesem Zweck wurden Hilfstruppen herangezogen. Die Bauarbeiter wurden mit in den Streik gezogen, die Dreher und die Formerbranche wurden von der Organisation abgespalten — aber der Sieg, die Durchbruchschlacht, ging für die Kommunisten verloren.

Wir sind aus diesem schweren Streit mit der Gefolgschaft Moskaus gestärkt hervorgegangen, denn wir zählen heute mehr Rohrleger, Dreher und Former in unserer Verwaltungsstelle als vor der Auseinandersetzung. Daß die Kur den Kommunisten übel bekommen ist, kann man daran ersehen, daß sie Spaltungs-

Betriebe mit einer Belegschaftszahl von 57 238 Arbeiterinnen und Arbeiter. In den Großbetrieben, gerechnet mit einer Belegschaftszahl von 51 Arbeiter und mehr, finden wir 787 Betriebe mit einer Belegschaft von 320 752 Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die Unternehmen gehören einer großen Zahl von Arbeitgeberverbänden an. Die größte und mächtigste Gruppe dieser Verbände ist der Verband Berliner Metallindustrieller. Von den 399 861 Arbeiterinnen und Arbeitern waren (1. Oktober 1929) in 290 Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller 183 806 Leute beschäftigt, davon wieder in Betrieben von mehr als 1000 Mann Belegschaft 75,4 vH.

In den Mammutbetrieben machen es Rationalisierung und ihre Begleiterscheinungen den Funktionären unmöglich, für den Verband während der Arbeitszeit einige Worte mit den Mitarbeitern zu wechseln. Ist aber die Arbeitszeit zu Ende, dann tritt das ein, was in allen Großstädten vielleicht mehr oder minder beobachtet werden kann: es hastet jeder nach Hause. Sind aber einmal die Arbeiter aus den Betrieben, dann sind sie auch in der Großstadt verschwunden und erschweren die Agitation ins Unermessliche.

Zu diesen Schwierigkeiten kommt noch, daß in Berlin nicht nur der Deutsche Metallarbeiter-Verband sich bemüht, die Schicksalsgenossen zu organisieren, nein, allein in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller bemühen sich neben den Christen, den Hirsch-Dunckerschen auch die Kommunisten, die Syndikalisten, die Völkischen, die Hakenkreuzler, die Gelben und auch noch mehr als 10 freie Gewerkschaften. Dieses Gemisch von Organisationen auf dem engen Boden des Metallbetriebes ist ein großer Hemmschuh. Es muß eben mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die Metallindustrie das Agitationsgebiet des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sein muß.

Wenn es uns gelang, über die Zeit der Inflation, der Rationalisierung und der gehässigten Bruderkämpfe mit einer stattlichen Zahl von Mitgliedern hinwegzukommen, wenn es uns trotz allen Schwierigkeiten gelang, unseren Einfluß in der Metallindustrie zu vergrößern und mit 57 Unternehmerverbänden Tarifverträge abzuschließen, und darüber hinaus noch mit 117 einzelnen Firmen, so zeigt uns dies, daß wir ein Machtfaktor in der Metallindustrie Berlins sind und daß sich die Verwaltungsstelle einer beachtenswerten Unverwundlichkeit erfreut. Sie wird auch ferner vorhanden sein und uns wohl zustatten kommen bei den Kämpfen, für die wir jetzt rüsten und die wir, wie so viele andere, siegreich zu bestehen hoffen.

Und der neunzehnte Verbandstag, den zu beherbergen wir die Freude haben, wird uns für die bevorstehenden Kämpfe eine Quelle frischer Zuversicht und Siegesgewißheit sein. Er tagt in äußerst ernster, in sturm-schwangerer Zeit. Politischer Wirrwarr und eine beispiellose Arbeitslosigkeit mit namenlosem Elend für Millionen Arbeiter sind die hervorstechenden Zeichen dieser Stunde. Das Neuartige an dieser Krise ist ihre Weltallgemeinheit. Jeder Industriestaat ist von ihr betroffen. Und jede Regierung steht ihr tatenlos oder hilflos gegenüber. Alle Maßnahmen, die bis jetzt dagegen ergriffen worden sind, haben das Uebel nur verstärkt. Kein Wunder, der kapitalistische Staat hat kein Heilmittel; die kapitalistische Gesellschaft ist am Ende ihres Lateins. Vollständig neue Mittel und Wege sind unerlässlich.

Wie wir nun aber aus diesem furchtbaren Engpaß, in den uns die kapitalistische Mißwirtschaft gebracht hat, herauskommen, vermag noch niemand zu sagen. Aber das eine wissen wir bestimmt: der Deutsche Metallarbeiter-Verband, die stärkste Gewerkschaft der Welt, wird hieran keinen geringen Anteil zu nehmen haben und nehmen. Sie wird Wegweiserin, Führerin und Kraftspenderin zugleich sein. Sie wird den festen Hort der Metallarbeiter, nein des ganzen Proletariats bilden. Sie wird ihm, wie immer so auch ferner, Schutz und Schirm sein auf seinem stürmischen Wege zur lichten Höhe.

Darum heißen wir nochmals den Kongreß der stärksten Gewerkschaft herzlich willkommen!



Ecke Unter den Linden — Friedrichstraße

versuche bei anderen Branchen nicht mehr gewagt haben.

So erfreulich auch die gelungene Zurückweisung der Moskower ist, es wäre besser, sie wäre nicht notwendig gewesen. Denn durch die Bruderkämpfe werden nicht wenig Arbeiter angeekelt, ziehen sich vom gewerkschaftlichen Leben zurück, wenn sie nicht gar die Organisation ganz aufgeben.

Zu der eben geschilderten Schwierigkeit fügten sich einige andere. Da ist zunächst die Ausdehnung der Verwaltungsstelle. Die Stadtgemeinde Berlin umfaßt 884 qkm Bodenfläche und zählt 4,5 Millionen Einwohner. Ich will aber, wenn ich von der Größe der Verwaltungsstelle spreche, nicht gesagt haben, die Ortsverwaltung Berlin müsse wieder in einzelne Verwaltungsbezirke zerlegt werden, denn dies würde die Agitation und die sonstige Arbeit für die Organisation noch mehr erschweren.

Eine weitere Schwierigkeit ist die Gliederung in der Industrie. In der Stadtgemeinde Berlin haben wir zurzeit 14 858 gewerbliche Niederlassungen in der Metallindustrie mit 399 861 Arbeiterinnen und Arbeitern. Betrachten wir einmal die Gliederung der Betriebe: In 10 301 Kleinbetrieben mit einer Belegschaftszahl bis zu 5 Personen sind rund 21 891 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. In den sogenannten Mittelbetrieben mit einer Belegschaftsstärke von 6 bis 50 Personen finden wir 3770

Berlins magische Gewalt

Es lockt und fesselt, zermürbt und stößt ab

Von Dr. Richard Lohmann

Es liegt etwas Geheimnisvolles, ja Unheimliches in der Anziehungskraft Berlins. Tagaus und tagein, Monat für Monat, Jahr für Jahr zieht es Tausende und aber Tausende in seine Steinwüste, fesselt sie und stößt sie — zermürbt — wieder ab. So wächst denn mit erstaunlicher Regelmäßigkeit, die nicht einmal der Weltkrieg völlig zu unterbrechen vermochte, die Zahl derer, die in der Riesenstadt Arbeit und Brot, Unterhalt oder Gewinn suchen. Am Ende des deutsch-französischen Krieges war Berlin einschließlich aller heute eingemeindeten Vororte

noch keine Millionenstadt. Im Jahre 1895 aber überschreitet es schon die zweite, zehn Jahre später die dritte, 1925 die vierte Million. Und diese stürmische Bewegung ging vor sich, obwohl der Geburtenüberschuss in der Stadt selbst immer mehr sank und in der Nachkriegszeit sogar einem Sterbeüberschuss Platz machte. Die Zuwanderung gleicht ihn aus, übertrifft ihn um viele Tausende, steigt bis auf 104 000 im Jahre 1925, beträgt in den folgenden Jahren durchschnittlich 80 000, bleibt fast auf 60 000 selbst im letzten, sehr wirtschaftskritischen Jahr.

Die Zeiten der Bodenständigkeit sind endgültig vorüber, seit auch die menschliche Arbeitskraft zu einer Ware geworden ist, die den Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterliegt. Was Wunder, daß der ständig wachsende Mittelpunkt des deutschen Wirtschaftsgebietes Arbeitssuchende aus dem ganzen Lande an sich heranzieht, daß die Hoffnung auf ausreichende Verwertung der allzu schlecht entlohten Arbeitskraft den Mann aus Kleinstadt und Land in das Wirtschaftszentrum lockt!

So ist Berlin gleich den andern Weltstädten die Stadt der Ortsfremden, der Zugewanderten, der Heimatlosen geworden. Zwar ist im alten Kerne Berlins noch jeder dritte Einwohner in der Reichshauptstadt geboren, aber draußen in den einstigen Vorortgemeinden muß man acht Einwohner nacheinander ansprechen, ehe man auch einen Ortsgebürtigen trifft. Was hilft angesichts der harten und nüchternen Sprache dieser Zahlen alles Greinen und Barmen um das schwindende Heimatgefühl des Großstädtlers! In dem großen kapitalistischen Umformungsprozeß unseres Jahrhunderts folgt der Menschenstrom zwangsläufig den Wegen und Zielen, wo sich Maschinen und Krane und Essen zusammenballen. Ja, die industriellen Kernpunkte innerhalb des riesigen Wirtschaftszentrums selbst sind nicht einmal mehr in der Lage, den hier Beschäftigten Wohnung und Heimstätte zu bieten: im Bezirk Berlin-Mitte sind mehr als doppelt so viel Menschen beschäftigt als dort wohnen können, auch im Bezirk Kreuzberg, in Reinickendorf, Treptow und Tempelhof übertrifft die Zahl der Erwerbstätigen die der dort Wohnenden. Mit der ständig zunehmenden Ballung vollzieht sich die Trennung der Weltstadt in Wohn- und Arbeitsviertel, eine gewisse Enthäufung inmitten der Häufung.

Aber die Zusammenballung bleibt, verstärkt sich in dem ewigen Wechselspiel von Ursache und Wirkung. Der Menschenstrom folgt der Wirtschaft, und Wirtschaft, Handel und Industrie folgen dem Strom der Menschen. Der Werkfätige sucht Erwerb dort, wo die Wirtschaft sich häuft, und die Wirtschaft sucht Gewinn dort, wo die Werkfätigen sich zusammenballen. So kommt es, daß jetzt schon — noch mitten in diesem gewaltigen Prozeß der Ballung — weit mehr Gewerbebetriebe in der Reichshauptstadt vorhanden sind, als an und für sich dem Hinderatz der Bevölkerung entsprechen würde. Nahezu 300 000 Betriebe wurden bereits bei der Berufszählung des Jahres 1925 gezählt, der elfte Teil aller deutschen Betriebe überhaupt, der sechste Teil aller preussischen. Und 1,7 Millionen Berliner sind allein in diesen Gewerbebetrieben tätig, ein Zehntel der im ganzen Reich Beschäftigten, mehr als in irgendeiner preussischen Provinz außer der Rheinprovinz, mehr als in irgendeinem deutschen Lande außer Bayern und Sachsen.

Obenan steht hierbei natürlich mit über 400 000 Beschäftigten die Metallindustrie, deren Arbeiterschaft nunmehr durch Verlegung ihres Verbandssitzes von Stuttgart nach Berlin dem Zuge ihrer Industrie gefolgt ist. An zweiter Stelle steht das Textil- und Bekleidungs-gewerbe, das in der Reichshauptstadt zwar nur 250 000 Personen beschäftigt, dafür aber an Zahl der Betriebe (mehr als 80 000) die Metallindustrie (rund 15 000) weit übertrifft, weil hier noch Kleinbetrieb und Hausindustrie in ihrem zahlreichen Spielarten vorherrschend sind.

Handel und Bankwesen der deutschen Republik häufen sich in vielleicht noch höherem Maße in Berlin. Aber das ist das Einzigartige an dieser jüngsten unter den Weltstädten, daß sie nicht nur die erste Verteilerin und Finanzverwalterin unter allen übrigen Gemeinden des Reiches ist, sondern auch führende Produzentin. Während die übrigen Weltstädte in erster Linie Mittelpunkte des Handels sind und ihre Aufgabe in der Hauptsache in der Verteilung der Produkte ihres Hinterlandes sehen, häufen sich in Berlin Industrie und Handel gleichermaßen. Und das Wachstum der Reichshauptstadt zur Weltstadt ist ebensowohl in ihrer Stellung als Produktionszentrum wie als Handelszentrum begründet.

Diese Tatsache lehrt uns vielleicht am besten die magnetische Kraft verstehen, die von der Hauptstadt der deutschen Republik ausstrahlt. Sie übt ihre Wirkung auf den denkenden Arbeiter wie auf den Abenteurer, auf den Erwerbssuchenden wie auf den Arbeitsscheuen. Der kärglich entlohnte Landarbeiter hofft hier auf bessere Daseinsmöglichkeiten; der Beschäftigungslose aus der Provinz wandert nach Berlin, weil er meint, unter der tausendfach verschiedenartigen Arbeitsgelegenheit der Millionenstadt in Handel und Industrie

buchen, sondern sie hat die verdammte Pflicht, sich darum zu kümmern, was aus diesen Zuwandernden wird und was angesichts der ständigen Zuwanderung aus denen wird, die in Berlin schon sesshaft sind.

Es ist ja nicht so, daß im Zentrum des deutschen Wirtschaftslebens behagliche oder auch nur erträgliche Zustände herrschten, wenn draußen im Lande und in der Welt die Welle der Wirtschaftskrise sich überschlägt. Im Gegenteil: Wirtschaftskatastrophen, wie wir sie jetzt durchleben, wirken sich gerade in der Hauptstadt am verhängnisvollsten aus. Hier, wo die Massen Arbeitssuchender zusammenströmen, nimmt die Erwerbslosigkeit in solchen Zeitläuften ganz besonders grausame Formen an, beschwört sie unmittelbare Gefahren herauf, stellt sie die Stadt vor Aufgaben, deren Lösung nur durch den entschiedensten Willen zu sozialer Verantwortung möglich ist.

In völliger Verkenntnis der Verhältnisse hat der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Horion, während des Steuerkampfes im Frühjahr dieses Jahres auf dem Rheinischen Provinziallandtag ausgeführt: „Berlin würde allmählich aussterben, wenn nicht das übrige Deutschland für Berlin ständig Menschen großzöge, ernährte und ausbildete, die dann in den Jahren, wo sie wirtschaftliche Werte schaffen und Steuerzahler sind, nach Berlin ziehen.“ Bestände das zehntausendköpfige Heer, das Monat für Monat aus der Provinz in die Reichshauptstadt wandert, ausschließlich oder auch nur überwiegend aus wirtschaftlich Starken, aus „Steuerzahlern“, so möchten solche Worte der Scheelsucht auf Berlin noch angehen. In Wirklichkeit sind es aber in der Mehrzahl, wie bereits ausgeführt, Arbeitssuchende, Menschen, die der kapitalistische Produktionsprozeß draußen irgendwie

herausgeschleudert hat und die nun hoffend oder verzweifelt, auf jeden Fall mindestens zunächst ohne festen Erwerb nach Berlin kommen. Aber auch die, die sich dann hier wieder in die Produktion einreihen können, sind — vom Standpunkte der städtischen Verwaltung aus gesehen — zum größten Teil keineswegs Gebende, sondern Nehmende. Schneller noch als anderswo — auch das wurde schon gesagt — zermürbt der Kapitalismus den Menschen in der Riesenstadt. Hinter ihrer lockenden Außenseite lauern die Krallen, die festhalten und würgen zugleich. Das Heer der Kranken, der Erwerbsunfähigen, der Wohlfahrtsempfänger, der Witwen und Waisen wächst darum hier auch schneller als draußen.

Wer es noch nicht wußte, dem hat es das letzte Jahrzehnt in der Geschichte Berlins bewiesen: Der Weg zur Weltstadt ist mit sozialen Pflichten gepflastert. Mit der Sorge um die Wohnungsbeschaffung fangen die Verpflichtungen an. Mehr als 75 000 Wohnberechtigte wurden allein im letzten Jahre neu gemeldet. Sie vermehren die Zahl der wohnungssuchenden Familien in der Reichshauptstadt auf 215 000 — und nur 40 000 Wohnungen waren in der gleichen Zeit vermietbar, darunter 25 000 Neubauten. Aber immer noch zahlt Berlin von seinem eigenen Aufkommen an Hauszinssteuer 45 Millionen jährlich in einen „Ausgleichsfonds“, aus dem es nichts zurückerhält. Verkehrs-bauten, Straßen- und Schnellbahnen, Krankenhäuser und Heime, Stätten der Fürsorge und Stätten der Heilung, Erholungsplätze, Schulen setzen die lange Reihe der sozialen Verpflichtungen fort. Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß sich beispielsweise die Ausgaben für das Gesundheitswesen in Berlin während der letzten drei Jahre um 60 vH — wohlgerneht auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet — vermehrt haben, für das Schulwesen um 35 vH, für die Wohlfahrt aber verdoppelt haben. Die sozialen Pflichten wachsen also in weit schnellerem Tempo als die Bevölkerung selbst. Und die Weltstadt läßt sich dabei mit keiner anderen Großstadt vergleichen, sie trägt doppelt soviel Lasten für Krankenhäuser als die übrigen deutschen Großstädte, 30 vH mehr Wohlfahrtslasten als jene — von Kleinstadt und Dorf ganz zu schweigen.

In der Erfüllung dieser gesteigerten sozialen Pflichten liegt die Aufgabe, die der werdenden Weltstadt heute gestellt ist. Der Verantwortungslosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, die die Menschen millionenfältig auf engeren Bodenraum zusammenpreßt, und sie dann sich selbst, ihrem ungewissen Schicksal überläßt, die sie zermürbt und die Zermürbten von sich stößt — dieser Verantwortungslosigkeit gilt es den kommunalen Willen zur sozialen Verantwortung entgegenzusetzen. Schon erklingen die Rufe nach Abbau sozialer Fürsorge, nach Abbau kultureller Leistungen auch in Berlin. Man hat keine Furcht vor der erschütternden, nun schon mehr als ein Jahrhundert alten Klage, die Anklage zugleich ist: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein...“

Hier liegt die Aufgabe beschlossen, die die Arbeiterschaft der Reichshauptstadt zu erfüllen hat. Nicht Abbau, sondern Aufbau. Nicht Gehenlassen, sondern zielbewußte soziale Arbeit. Nicht Verlangsamung, son-

(Schluß am Ende der nächsten Seite.)



Elektrisches Schaltwerk

sei schließlich auch eine für ihn selbst zu finden; der geschulte Arbeiter erwartet von der Stätte besonderer Qualitätsarbeit auch entsprechende Entlohnung; die Neugründung gewerblicher Unternehmungen, die Verlegung von Produktions- und Handelsstätten zieht Arbeiter und Angestellte mit sich in das Wirtschaftszentrum hinein. Und dem Zuge derer, die in der Millionenstadt Erwerb durch ihrer Hände Arbeit suchen, folgt das Heer der Phantasten, der Glücksritter, der Erwerbss fremdeten, der Bettler, der Verbrecher.

Für sie alle wohnen erfüllte Hoffnungen und bittere Enttäuschungen dicht beieinander. Brutaler noch als draußen in den Grenzgebieten der Wirtschaft würgt hier der Kapitalismus seine Opfer, härter noch prägt sich der grausame und unberechenbare Wechsel von Wirtschaftsnot und Wirtschaftsblüte aus, schneller noch als anderswo klappert die zermürbende Treitmühle der Fließarbeit im wahren und übertragenen Sinne des Wortes. Der Großbetrieb ist aus sich heraus nicht sozialer als der kleine. Organisation ist alles — und Glied einer starken Organisation zu sein das Beste, was dem Zuwandernden beschieden sein kann. Dem organisierten Kapitalismus steht er sonst wehrlos und machtlos gegenüber.

Denn auch die Organisation folgt dem geheimnisvollen Drange nach Ballung in der Reichshauptstadt. Immer mehr wird Berlin der Sitz der wirtschaftlichen und beruflichen Verbände, die Wert darauf legen, in ständiger Fühlung mit den übrigen Spitzenorganisationen, den Behörden und den Parlamenten zu bleiben. Mehr als ein Viertel aller deutschen Aktiengesellschaften und fast ein Drittel aller im Reich bestehenden Gesellschaften m. b. H. haben ihr Hauptquartier in Berlin. Immer mehr Unternehmen verlegen ihren Sitz oder wenigstens zunächst eine Zweigniederlassung in die Reichshauptstadt. In sechs Jahren, von 1920 bis 1926, hat sich die Zahl der hier tätigen Aktiengesellschaften (ohne die eigentlichen Inflationsgründungen) fast verfünffacht. Alle maßgebenden Spitzenverbände des Unternehmertums und 60 vH seiner Verbände haben ihren Sitz in Berlin. Ihnen hat die Arbeiterschaft einen Damm entgegengestellt, indem sie die Spitzenorganisation der Freien Gewerkschaften und gleichfalls 60 vH ihrer Verbände ebenso nach Berlin verlegte. So ist es verständlich, daß von Berlin aus die Gestaltung der gesamten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse in Deutschland entscheidend beeinflusst wird, verständlich auch, daß die weit überwiegende Mehrzahl der großen Wirtschaftskämpfe unserer Zeit in Berlin durchgeführt, in Berlin maßgebend entschieden wird.

Aber die Aufgabe der Arbeiterschaft Berlins dehnt sich weit über die Grenzen gewerkschaftlicher Machtausübung hinaus. Ihr fällt, wenn sie die Zeichen der Zeit versteht und sich ihrer Macht bewußt ist, die Aufgabe der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung der neuen Weltstadt überhaupt zu. Und das Tempo der sich fast überstürzenden Entwicklung macht diese Aufgabe so groß und gewaltig, wie sie bisher überhaupt noch keiner anderen Stadt gestellt war. Die Bevölkerung Berlins, deren weit überwiegende Mehrzahl zu den erwerbstätigen Schichten zählt, kann sich nicht damit begnügen, das Wachstum ihrer Stadt und den jährlichen Zustrom Arbeitswilliger und Arbeitsloser zu

Unser neunzehnter Verbandstag

Von dem Verbandsvorsitzenden Alwin Brandes

In eine für die Arbeiterklasse ungemein schwere Zeit fällt unser diesjähriger Verbandstag. Auf der ganzen Welt lastet eine Wirtschaftskrise, deren Heftigkeit alle Krisen der Vergangenheit übersteigt. Als eine der furchtbaren Nachwirkungen des Krieges trifft sie naturgemäß die Länder am härtesten, die im Weltkrieg die militärisch Unterlegenen waren. Das Bestreben der deutschen Industrie, durch schnellen Ausbau der Produktionsmittel einen erheblichen Vorsprung vor anderen Ländern zu gewinnen, hat zur Ueberstürzung dieses Ausbaues geführt. Für die mächtig gestiegene Leistungsfähigkeit der Industrie fehlte aber ein in entsprechender Weise gesteigerter Absatz. Dieser hätte nur erreicht werden können, wenn in gleichem Maße wie die Produktionsmittel auch der Absatz auf dem Innenmarkt durch Lohnerhöhungen gesteigert worden wäre, so daß der Produktionsapparat hätte voll ausgenutzt werden können.

Das engstirnige Scharfmachertum, das in der deutschen Industrie den Ton angibt, hat sich einer derartigen Lohnentwicklung mit allen Mitteln widersetzt. Nur unter schweren Kämpfen konnten Fortschritte in der Lohnpolitik gemacht werden, die aber völlig unzureichend blieben. Das gilt besonders für die Metallindustrie. Der Produktionsapparat konnte deshalb nur vielfach zu 70, 60 und 50 vH ausgenutzt werden, die Erzeugungskosten blieben dadurch hoch, die Warenpreise ebenfalls, eine Absatzsteigerung in dem notwendigen Maße unterblieb. Dafür stiegen um so mehr die Betriebsstilllegungen, und die Zahlen der aus der Produktion ausgeschalteten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit in einem Ausmaße wie nie zuvor ist die Folge. Selbst in den besten Sommermonaten dieses Jahres stiegen beide noch. Geht es so weiter, dann werden wir im kommenden Winter katastrophale Zustände erleben. Die reaktionären Maßnahmen des Unternehmertums machen solche Zustände fast unvermeidbar. Sie verhindern eine der höheren Arbeitsleistung entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit, mit der die Arbeitslosenzahl gesenkt werden würde. Sie arbeiten mit Hochdruck am Lohnabbau, drosseln damit Massenkauflkraft und Wirtschaft und treiben die Arbeitslosenzahl noch weiter in die Höhe.

Zu dieser wirtschaftlichen Reaktion kommt die politische. Ungeheure Zollerhöhungen, die ernste handelspolitische Schwierigkeiten und damit wirtschaftliche Schäden hervorrufen, Verteuerung der Lebenshaltungskosten der Massen, um so mehr, als äußerst unsoziale und schädliche Steuermaßnahmen dazu kommen. Ferner immer neue Anschläge auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse durch Abbau der Arbeitslosen-, Kranken- und Wöchnerinnen-Unterstützung sowie der Versorgung der Kriegsbeschädigten. Zu alledem eine politische Gesamtentwicklung, die keinen Zweifel darüber läßt, daß das Besitzbürgertum eine Offensive betreibt, mit der es den seit der Staatsumwälzung erreichten Einfluß der organisierten Arbeiter in Reich, Staat und Gemeinde wie in der Wirtschaft nicht nur zurückdrängen, sondern völlig ausschalten möchte. Das ist der Zweck der Bürgerblockbildungen in den Einzelstaaten, wie es der Zweck der Bürgerblockbildung und der Bürgerblockregierung im Reiche ist, die nach dem von der Reichstagstribüne erfolgten Ausspruch eines Abgeordneten des Bürgerblocks, „die reaktionärste Regierung seit der Revolution“ ist.

Der Verbandstag wird mit diesen natürlichen Feinden der Arbeiterklasse abrechnen. Ein Gleiches wird aber auch mit den Feinden geschehen, die noch immer vorgeben, Arbeiterinteressen zu vertreten, deren ganze Tätigkeit jedoch auch in dieser schweren Zeit fast ausschließlich in der Schwächung und Zersetzung der Arbeiterfronten besteht, eine Tätigkeit, mit der der organisierten Arbeiterschaft in ihrem erbitterten Ringen mit den reaktionären Mächten der Dold in den Rücken gestoßen wird! Die Aeußerung der arbeiterfeindlichen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: „Wir (die Großindustriellen und Aufsichtsratsmitglieder und ihre kapitalistische Presse) brauchen die Kommunisten noch, weil sie den Fortschritt der Sozialdemokratie hindern; sie sind der Pfahl im Fleisch der Sozialdemokratie...“ beleuchtet grell den Verrat der kommunistischen Partei an der Arbeiterklasse.

Denn unter Sozialdemokratie verstehen die Arbeiterfeinde die politisch und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Gegen diese richtet sich das ganze Aufgebot der reaktionären Mächte, nicht gegen die kommunistische Partei, die von jenen überhaupt nicht ernst genommen wird. Der Verbandstag wird deshalb seiner Pflicht genügen und ein Bekenntnis für die sozialdemokratische Partei ablegen, die allein von allen Parteien Schulter an Schulter mit den Gewerkschaften den Kampf für den Aufstieg der Arbeiterklasse führt. Der Verbandstag wird die Metallarbeiter Deutschlands und ihre Angehörigen auffordern, bei der bevorstehenden großen politischen Auseinandersetzung, die am 14. September ihre vorläufige Entscheidung findet, geschlossen für den Sieg der Sozialdemokratie einzutreten; denn dieser Sieg ist auch der Sieg der Gewerkschaften, der Sieg der Arbeiterklasse!

Wenn die kommunistische Partei jetzt vor dem Verbandstag sich wahrlich alle Mühe gegeben hat, einen Rekord an Beschimpfungen und Verleumdungen unseres Verbandes und seiner Funktionäre zu erreichen, dann

löst dies bei denkenden Arbeitern und Arbeiterinnen und besonders bei den Mitgliedern unseres Verbandes nur noch ein Gefühl des Ekels über den Tiefstand aus, den die kommunistische Bewegung erreicht hat.

Unser Kampf gegen Lohnabbau und gegen Verschlechterungen der sozialen Leistungen sowie gegen alle sonstigen arbeiterfeindlichen Maßnahmen des Bürgerblocks und seiner Regierung hat uns auch heftige Angriffe der Arbeiter des christlichen Metallarbeiterverbandes eingetragen. Es wird ihnen nicht gelingen, mit ihren Verdrehungen und Unwahrheiten auch nur ihre eigene Mitgliedschaft über die Rolle hinwegzutäuschen, die christliche Gewerkschaftsführer bei jenen Maß-

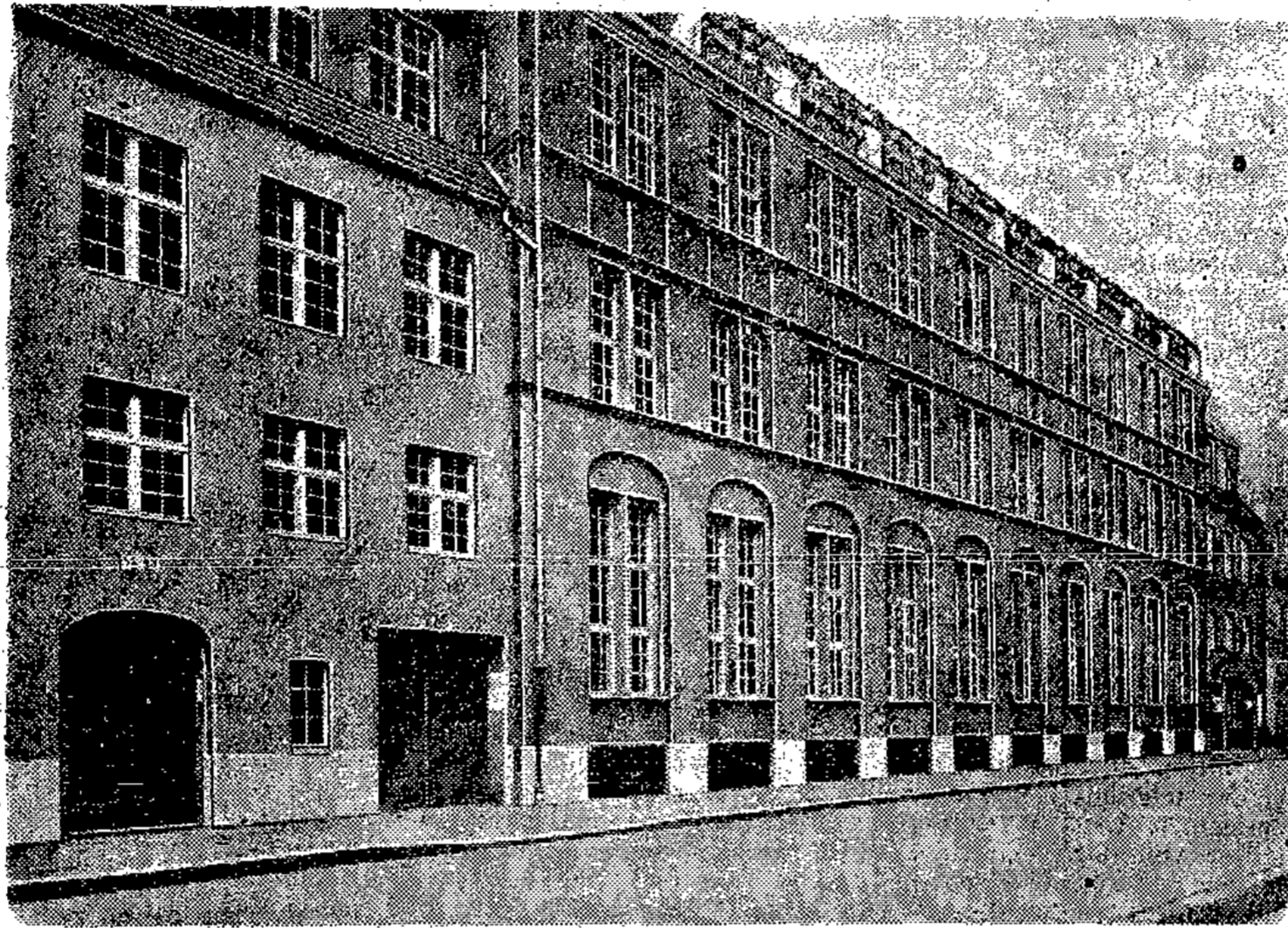
wichtige Aufgabe der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht vernachlässigt. Bedeutsame Kämpfe wurden gerade in den letzten beiden Jahren geführt, bei denen Zehntausende unserer Mitglieder an jedem einzelnen beteiligt waren. Die großen Kämpfe der Werftarbeiter, der Hüttenarbeiter in Nordwest und in Sachsen, der Mitteldeutschen Metallarbeiter usw. sind Beweise für den Kampfwillen und die Opferbereitschaft unserer Verbandsmitglieder, die einzusetzen sie nach wie vor bereit sind, wenn es die Belange der Metallarbeiter und ihres Verbandes erfordern.

Der Verbandstag wird das bestätigen. Die starke Anteilnahme unserer Mitglieder an ihm geht schon aus den 459 Anträgen hervor, die alle Gebiete der Verbandsarbeit umfassend, aus der Mitgliedschaft zur Beratung gestellt worden sind. Eine besonders zahlreiche Gruppe der Anträge verlangt die Erhöhung der Leistungen der vor zwei Jahren eingeführten Invalidenunterstützung, die sich außerordentlich bewährt hat. So verständlich solche Anträge sind, es darf doch nicht vergessen werden, daß die Leistungen unseres Verbandes für die invaliden Mitglieder von den meisten anderen Gewerkschaften nicht erreicht werden. Ein Beweis dafür, daß wir, soweit die Mittel es gestatten, schon Außerordentliches bei der Einführung dieses Unterstützungszweiges festgelegt haben.

Eine andere sehr zahlreiche Antragsgruppe bezieht sich auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Sie ist nicht nur zur Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern auch deshalb dringend erforderlich, weil in der Metallindustrie an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter denkbar größte Ansprüche gestellt werden. In der Metallindustrie ist der skandalöse Zustand noch zu verzeichnen, daß Arbeiter, die schwerste und gesundheitsschädliche Arbeit verrichten, eine Arbeitszeit von 54 und 57 Stunden haben. Der Verbandstag wird sicherlich mit starkem Nachdruck eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur in den Betrieben fordern, wo die wöchentliche Arbeitszeit noch 48 Stunden übersteigt, sondern er wird sie auch fordern, wo dies nicht geschieht, die Arbeitszeit jedoch den vom sozialen und wirtschaftlichen Standpunkt aus zu stellenden Anforderungen keineswegs entspricht.

In dieser für Millionen so furchtbaren Zeit der Not und des Elends richten deshalb die Mitglieder unseres Verbandes und darüber hinaus die Metallarbeiter Deutschlands, ihre Blicke auf unseren Verbandstag in Berlin. Er wird sie nicht enttäuschen! Seine Verhandlungen werden von dem Willen getragen sein, der Arbeiterklasse in bester Weise zu dienen, ihren Einfluß zu stärken, damit sie die Macht bekommt, die Ablösung einer Wirtschaftsordnung zu beschleunigen, die gerade in diesen Zeiten ihre totale Unfähigkeit beweist. Produktion und Verteilung der Güter zum Nutzen der Allgemeinheit zu regeln.

Der Verbandstag wird die Waffen schärfen, mit den die Metallarbeiter auch künftig ihren Kampf für den Aufstieg der Arbeiterklasse führen werden.



Das Heim der Metallarbeiter Berlins

nahmen gespielt haben. Und bestehen bleibt die beschämende Tatsache, daß die Führer des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes den Lohnabbau der Unternehmer in der Schwereisenindustrie außerordentlich begünstigt, in Wort und Schrift förmlich vorbereitet haben; daß sie ferner eine Zollerhöhungspropaganda treiben, von der sie wissen müssen, daß mit Zollerhöhungen einer Industrie nicht geholfen werden kann, wohl aber die Arbeiterklasse durch die Gegenmaßnahmen der von solchen Zollerhöhungen betroffenen Länder nur noch schwerer geschädigt wird.

Ringsherum Feinde, die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband die Arbeit erschwerten, dazu ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse, und dennoch eine Zunahme der Mitglieder im Verband seit dem vorigen Verbandstag 1928 von 885 000 auf 945 000! Ein glänzendes Zeugnis des Vertrauens der Metallarbeiter zu ihrer Organisation, ein Beweis, daß selbst in schwersten Krisenzeiten das organisatorische Gefüge des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unerschütterlich ist. Das gleiche gilt von den Finanzen der Organisation. Trotz der Millionenausgaben für arbeitslose, kranke, invalide und in Not geratene Mitglieder hat der Verband seine

Aus alten Erinnerungen

Von Adolf Cohen,
dem früheren Bevollmächtigten der Berliner Verwaltungsstelle

Als ich im Anfang der neunziger Jahre nach Berlin kam und Beschäftigung fand, war hier im Vergleich zu anderen deutschen Städten die Organisation der Metallarbeiter noch recht unwesentlich. Die Metallarbeiter Berlins waren damals noch in einer Lokalorganisation vereinigt, deren Büro in der Wallstraße war. Die Mitgliederzahl betrug 3000 bis 3500. Im Jahre 1893 wurde eine Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes errichtet, die mit 50 Mitgliedern anfang, nach und nach auf einige hundert Mitglieder anwuchs. Es wurden Verwaltungsstellen des DMV in verschiedenen Stadtteilen errichtet, die im Frühjahr von 1896 zu der Verwaltungsstelle Berlin vereinigt und mit einem Büro in der Fischerstraße ausgerüstet wurde.

Die Vorbereitung der Gewerbeausstellung im Jahre 1896, verbunden mit anderen Umständen, hatte der Berliner Metallindustrie einen flotten Geschäftsgang gebracht. Die Folge davon war, daß verschiedene Branchen der Metallarbeiter Lohnbewegungen hatten. Von Bewegungen im Gesamtgewerbe oder in der Maschinenindustrie war damals bei der in jeder Beziehung sparsamen Organisation natürlich nicht zu denken. Wie die Lohnverhältnisse waren, ist daraus zu ersehen, daß bis zum Jahre 1896 der Mindestlohn der Mechaniker bei neunstündiger Arbeitszeit 21 M die Woche betrug. 1896 wurde für alle Branchen, für die Klempner, Schlosser, Mechaniker usw., bei einer neunstündigen Arbeitszeit 24 M die Woche verlangt. Allerdings, die feste tarifliche Bindung wie gegenwärtig hatten die Zugeständnisse der Unternehmer nicht; denn vielfach kam es vor, daß einige Wochen nach Beendigung der Bewegung die alten Lohnsätze schon wieder in Brauch waren.

Nach der Gewerbeausstellung kam wieder eine Geschäftsflaute, die vorderhand nicht daran denken ließ, eine Lohnbewegung zu machen. Der Verbandstag in

Braunschweig (1897) brachte die Verschmelzung des Berliner Metallarbeiter-Verbandes mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Das Büro des Berliner Metallarbeiter-Verbandes in der Annenstraße wurde der Sitz der Verwaltungsstelle Berlin des DMV.

Die Jahre 1898/1899 brachten eine Aenderung in der Leitung der Verwaltungsstelle. Der öffentliche Vertrauensmann von Berlin, Otto Naether, wurde 2. Bevollmächtigter und das öffentliche Vertrauensmännersystem wurde aufgehoben. Bald darauf entstand ein ernstlicher Streit zwischen dem damaligen Kassierer Pätzold und dem ersten Bevollmächtigten Paul Litfin, der dahin führte, daß Litfin von seinem Posten zurücktrat. An seiner Stelle wurde Kollege Naether als 1. Bevollmächtigter und der Kollege Schlegel als 2. Bevollmächtigter gewählt. Inzwischen kam der Verbandstag von Halle (1899), wo die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen wurde. Die Verwaltungsstelle Berlin war mittlerweile auf 14 000 bis

(Schluß von der vorhergehenden Seite.)

dern zielbewusste soziale Arbeit. Nicht Verlangsamung, sondern Beschleunigung des Tempos sozialer Fürsorge und Hilfe — das sind die Ziele, auf deren Erreichung die Arbeiterschaft und ihre Vertreter in der städtischen Verwaltung zu dringen haben. Das Staunen über die magnetische Kraft der Weltstadt, über den unbändigen Strom des tagaus, tagein von ihr Angezogenen, zu ihr Hinwandernden, in ihr Arbeit Suchenden gilt es zu wandeln in das lebendige Verantwortungsgefühl der Gemeinschaft für einen jeden einzelnen von ihnen. Nicht bremsen will und wird die Arbeiterschaft eine wirtschaftlich begründete Entwicklung, sondern sie meistern nach ihrem Willen und Verantwortungsbewußtsein.

15 000 Mitglieder angewachsen. So erfreulich dieser Aufschwung, im Vergleich zu der Zahl der in der Metallindustrie Berlins beschäftigten Leuten war er gering.

Der Schreiber dieser Zeilen wurde im Frühjahr 1901 gegen den Ansturm der Opposition zum 2. Bevollmächtigten und im Herbst, als der Kollege Naether abdankte, zum 1. Bevollmächtigten gewählt. Trotz dieser Personenänderung glättete sich die Wogen sehr langsam. Ganz allmählich gelang es wieder, eine ersprießlichere gewerkschaftliche Tätigkeit zu entfalten, deren Ergebnis sich in der stetigen Zunahme der Mitglieder ausdrückt. Das Jahr 1913 konnte mit 88 729 zahlenden Mitgliedern abgeschlossen werden.

Den ersten Tarifvertrag, der den Arbeitern ein klagbares Recht auf die darin festgelegten Löhne sicherte, wurde im Jahre 1902 abgeschlossen, und zwar für die Bauklempler Berlins. Es war ständig unser Bestreben gewesen, die Tarifverträge so zu verbessern, daß auch in Zeiten schlechter Wirtschaftslage der Unternehmer verpflichtet war, den vereinbarten Lohn zu zahlen und die Arbeiter ein klagbares Recht auf Zahlung des vortaglich vereinbarten Lohnes hatten. Alle die folgenden Tarifverträge für die Bauanschläger, Rohrleger, Schlosser usw. enthielten Bestimmungen, die die oben genannte Sicherheit geben sollten. Durch den Kriegsausbruch wurden jedoch zunächst alle diese Vereinbarungen beiseite gesetzt; nach Beendigung des Krieges aber traten sie verstärkt wieder in Kraft.

Im Frühjahr von 1900 wurde das Gewerkschaftshaus am Engelufer bezogen. Unsere Verwaltungsstelle hatte sich einige Räume gesichert. Als aber bei weiterem Anwachsen der Verwaltungsstelle eine Vermehrung der Räume im Gewerkschaftshaus nicht mehr möglich war, wurde mit dem Vorstand der Bau eines eigenen Heims vereinbart. So entstand das Verbandshaus in der Charitéstraße. Nachdem aber auch die Großbetriebe der Metallindustrie und der elektrischen in Angriff genommen worden waren, wuchs die Verwaltungsstelle dermaßen, daß an die Beschaffung eines noch größeren Heims gedacht werden mußte. Dies wurde in der Linienstraße errichtet und im Herbst 1912 bezogen.

Die Entfaltung der Verwaltungsstelle Berlin mißt sich jedoch nicht nur an der Größe ihrer Büros oder an der Zahl ihrer Mitglieder, sondern auch noch an manchem anderen. Zum Beispiel: Wenn ich im Jahre 1901 oder 1902 mit einem Unternehmer verhandeln wollte, oder gar beim Verband Berliner Metallindustrieller telefonisch anrief, um zu Verhandlungen zu kommen, wurde, sobald ich unsere Firma angab — der Hörer von der anderen Seite angehängt. Die Herren auf der anderen Seite der Barrikade waren damals für uns nicht zu sprechen. Von diesem kindlichen Getue sind die Herren allgemach abgekommen. Leicht ist ihnen das sicherlich nicht geworden, denn sie haben dazu etliche Jahre gebraucht.

Es mag im Jahre 1904 oder 1905 gewesen sein, als ich eines Tages angerufen wurde. Auf meine Frage nach dem Gegenüber kam: „Hier Verband Berliner Metallindustrieller.“ Auf meine Bemerkung, daß wohl eine falsche Verbindung vorliegen mußte, wurde erwidert: „Nein, es ist richtig, wir möchten Herrn Cohen vom Metallarbeiter-Verband sprechen.“ — Ich war sehr erstaunt, als mir dann die Mitteilung wurde, man habe in der Vertrauenskommission der Metallindustriellen ein-

gesehen, man komme mit der bisherigen Haltung nicht weiter. Deshalb sei der Syndikus (Hauptmann a. D. Kleffel) beauftragt, mit mir einmal zu verhandeln. Nach einigen Tagen, nachdem ich zuvor die engere Ortsverwaltung unterrichtet hatte, ging ich nach der Gartenstraße. Dort erfuhr ich, daß Herr von Borsig den Vorschlag gemacht habe, mit mir einmal zu verhandeln, um alle Streitigkeiten, die irgendwie in der Metallindustrie entständen, durch Verhandlungen beizulegen. Ich erklärte mich bereit, den Vorschlag unserer Ortsverwaltung zu unterbreiten. Diese war einverstanden. Jedoch konnte die ganze Sache nicht verwirklicht werden, weil die Industriellen uns über die Zusammensetzung der Verhandlungskommission — Vorschriften machen wollten. Allein, es ist trotzdem verhandelt worden, wenn ernsthafte Streitigkeiten entstanden waren.

Zu Beginn des Krieges änderte sich der Zustand ganz gewaltig. Zunächst eine große, vorher nie gekannte Arbeitslosigkeit, dann aber eine Inanspruchnahme aller Arbeitskräfte, die nur irgendwie in der Metallindustrie zu haben waren. Das führte dazu, daß unsere Kollegen erhebliche Verbesserungen ihrer Löhne forderten, und wenn diese nicht bewilligt wurden, davon liefen und in anderen Betrieben mit offenen Armen empfangen wurden. Das veranlaßte den Verband der Metallindustriellen, bei der Heeresverwaltung vorstellig zu werden, um diesen Mißständen abzuhelfen. Eines guten Tages wurden wir überrascht durch eine Verordnung der Regierung, wonach jeder Arbeiter, der seinen Betrieb verläßt, neben seinem Entlassungsschein noch einen Abkehrschein haben müsse, wenn er in einen anderen Betrieb mit Heeresaufträgen in Arbeit treten wolle. Dagegen machten wir Front, und aus dem Hin und Her der Verhandlungen bei den Behörden entstand dann der Kriegsausschuß für Metallbetriebe Groß-Berlins. Das war der Anfang des heutigen Schlichtungswesens.

Als die Unternehmer im Kriegsausschuß nicht nur die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, sondern auch Vertreter der Hirsch-Dunckerschen und der christlichen Gewerkschaften sehen wollten, haben wir uns nicht dagegen gewandt, obwohl beide Gewerkschaftsrichtungen unter den Metallarbeitern Berlins wenig Mitglieder hatten. Der Vertreter der Hirsch-Dunckerschen benahm sich von vornherein korrekt. Der Vertreter der christlichen Metallarbeiter dagegen glaubte zunächst noch eine Taktik, wie sie in Rheinland-Westfalen üblich, versuchen zu können. Er trat mit großer Entschiedenheit den Unternehmern entgegen — wenn eine Arbeitervertretung des Betriebes zugegen war. Die Arbeitervertretung sollte doch hören, wie er, der Christliche, die Arbeiter vertrat! Bei der Beschlussfassung, wenn die Arbeitervertretung nicht mehr zugegen war, klappte der christliche Vertreter meistens zusammen wie ein Taschenmesser. Das fiel auch den Unternehmern auf. Eines Tages sagte der Vorsitzende der Metallindustriellen zu mir: „Herr Cohen, bleiben Sie doch noch einen Augenblick hier, ich möchte eine wichtige Sache mit Ihnen besprechen.“ Ich sagte zu, und als alle Beisitzer den Raum verlassen hatten, fragte mich der Vorsitzende der Metallindustriellen: „Sagen Sie doch, Herr Cohen, der Mann, der neben Ihnen sitzt, das ist doch ein Anarchist!“ Ich lachte aus vollem Halse und sagte: „Herr von Borsig, das ist der Vertreter der christlichen Gewerkschaften.“ Damit waren die christlichen Gewerkschaften beim Verband Berliner Metallindustrieller an- und abgemeldet.

nicht richtig. Zieht man nur die fleischverbrauchende Bevölkerung zum Vergleich heran, so betrug der Verbrauch (1913 = 100) 1928 100,7, 1929 98,3 und im ersten Vierteljahr 1930 96,8. Es ist also nach zwei Jahren nach der Berechnung der Reichskredit-Gesellschaft nicht nur absolut und je Kopf der fleischverbrauchenden Altersschichten ein wesentlich geringerer Fleischgenuß festzustellen. Die Lebenshaltung der Bevölkerung ist also schlechter geworden. Trotzdem wird nach Mitteln und Wegen gesucht, diese noch weiter herunterzudrücken.

90 vH aller Einkommen unter 1800 M.

Im zweiten Juliheft der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik wird eine Untersuchung über Einkommenschichtung und Steuerleistung in Deutschland, Frankreich, England, Holland und den Vereinigten Staaten veröffentlicht. Es ergibt sich daraus, daß in Deutschland die unteren Einkommen am dichtesten besetzt sind. Von den Steuerzahlern hatten im Jahr 1927 77,7 vH ein Einkommen unter 1800 M je Jahr. Nimmt man die Vorkriegs-kaukraft zur Unterlage, so ergibt sich, daß in Deutschland auf die unterste Klasse bis 1800 M Vorkriegskaukraft rund 90 vH der Einkommenbezieher und 70 vH der Einkommen entfallen. Das Schwergewicht liegt also ausgesprochen bei den unteren Einkommen. Von Bedeutung sind noch die mittleren Einkommen von 1800 bis 12 000 M, wohingegen die hohen Einkommen stark zurücktreten.

Die Einkommenstruktur in Großbritannien und Holland ist wesentlich anders. Das Schwergewicht liegt hier bei den mittleren Einkommen. Die Vereinigten Staaten können insofern schlecht mit den übrigen verglichen werden, da infolge der hohen Steuerfreigrenze die Statistik keine Angaben für die unterste Klasse liefert. In Amerika beginnt die Besteuerung erst bei einem Jahreseinkommen von 4000 M. In Frankreich ist das Verhältnis ähnlich wie in Deutschland. Diese Angaben des Statistischen Reichsamts zeigen wieder einmal, daß in Deutschland die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung auf der unteren Grenze steht.

Lohnabbau oder Kartellbekämpfung?

Ist die gegenwärtige Krise durch die Lohnhöhe verursacht? Könnte sie durch Lohnabbau beseitigt werden?

Beide Fragen werden von Adolf Löwe, Professor an der Universität Kiel, in einer Arbeit, die unter dem Titel „Lohnabbau als Mittel der Krisenbekämpfung“ im Juliheft der Neuen Blätter für den Sozialismus veröffentlicht wurde, aufs schärfste verneint. Die gegenwärtige Krise ist keine Lohn-, sondern eine Rationalisierungs- und Monopolkrisis. Auf Grund einer umfassenden Rationalisierung, verbesserter Produktionsmethoden ist der Produktionswert gestiegen. Das Lohnniveau ist aber unter keinen Umständen mehr als der Produktionsumfang, wovon auch die kürzlich erfolgte Schätzung des Volkseinkommens durch das Konjunkturinstitut zeugt. Eine Uebersteigerung des Lohnstandes ist ebensowenig vorhanden wie die so oft behauptete „Strukturkrise“ der deutschen Wirtschaft. Die Profite der Unternehmer sind nicht gesunken, was sich schon darin zeigt, daß in dem ausgesprochenen Hochkonjunkturjahr 1927 der Profitsatz nicht etwa höher war als in den anderen Jahren.

Professor Löwe schildert im einzelnen, wie es zur gegenwärtigen Krise kam, wie die Arbeitslosigkeit durch wachsende Freisetzung von Arbeitern infolge der Rationalisierung, durch Verschlechterung der Weltmarktlage, durch Hindernisse der Kapitaleinfuhr und finanzpolitische Erschütterungen anstieß, wie die 1928 schon vorhandenen Absatzschwierigkeiten der Konsumgüterindustrie seit Herbst des Vorjahres auf die Produktionsmittelindustrien übergriffen. Der Reallohn konnte nicht steigen infolge des herrschenden Kartellsystems und der Preisbildung im Einzelhandel, die auch ohne organisatorische Festlegung kaum weniger krisenverschärfend wirkt als die industriellen Kartelle. Nicht nur haben Kartelle die Steigerung des Reallohnes verhindert, sie untergraben die Konkurrenzfähigkeit der verarbeitenden Industrie, die infolge der Vorbelastung mit überpreuerten Rohstoffen den steigenden Lohnforderungen immer weniger gewachsen ist. Ueberzeugend weist Professor Löwe darauf hin, daß die Nominallohnsteigerungen der letzten Jahre nicht nur im Einklang mit der Ausweitung des Produktionsumfanges blieben, sondern vielmehr geradezu die Bedingung dafür waren, daß trotz der starren Preispolitik der Monopole die Beständigkeit der Wirtschaft jahrelang aufrechterhalten werden konnte. Wie Professor Löwe schreibt, „wäre ohne diese mit politischen Mitteln durchgesetzte Anpassung der Massenkaukraft an den Produktionsumfang die Wirtschaftslage wahrscheinlich schon 1927 zusammengebrochen. Soweit sie die Monopolrenten wenigstens zum Teil in produktive Nachfrage verwandelten und damit Fehlanlagen eindämmten, haben diese Lohnerhöhungen nicht nur eine sozialpolitische, sondern eine produktionspolitische Mission erfüllt.“

Eine allgemeine Lohnsenkung, so führt Löwe aus, würde die Marktlage der Konsumgüterindustrie viel mehr verschlechtern, als sie ihre Selbstkosten entlasten könnte. Sie würde gleichzeitig den Monopolindustrien statt der längst fälligen Bereinigung neue Gewinnmöglichkeiten bieten und damit Kapital und Arbeit in verstärktem Maße falschen Anlagen zuführen. Der einzige erfolgreiche Weg zu einer schnellen Ueberwindung des gegenwärtigen Tiefstandes ist der Abbau der Monopolpreise, vor allem durch eine Wendung in der Zollpolitik, die die deutschen Monopolindustrien der frischen Luft internationaler Konkurrenz aussetzt. Der Abbau der Monopolpreise, der die Kosten der verarbeitenden Industrie zu senken vermag, könnte die Monopolrenten in Konsumentenkaukraft überführen, den Absatz der verarbeitenden Industrie steigern und auf eine rationelle Anlage des zu erwartenden neuen Zustroms an Auslandskapital, dessen erst langsam wieder einsetzender Zufluß die nötige Entlastung bringen wird, hinwirken.

Nur in Deutschland, wo politisch nichts gründlich erledigt wird und wo ebendeshalb überwundener Zeiten in den Köpfen unsterblich fortvegetieren (weshalb die Deutschen sich das Denker-volk nennen) — nur in Deutschland kann es noch vorkommen, daß man von einer Partei verlangt, sie solle sich durch den bestehenden sogenannten Rechtszustand nicht nur tatsächlich, sondern auch moralisch gebunden halten; sie solle im voraus versprechen, was auch kommen möge, sie wolle diesen von ihr bekämpften Rechtszustand nicht umwerfen, selbst wenn sie es könne. Mit anderen Worten, sie solle sich verpflichten, die bestehende politische Ordnung am Leben zu erhalten in alle Ewigkeit. Das und nichts anderes heißt es, wenn man von der deutschen Sozialdemokratie verlangt, sie solle aufhören, „revolutionär“ zu sein.

Vorrede zu: Karl Marx vor den Kölner Geschworenen [1855].

Besteuerung der Kranken

Durch die christlich-nationale Regierung

Das derzeitige Reichskabinett hat sich die „Regierung der Front-Generation“ genannt. Darob ist gescheltelt worden. Ganz zu Unrecht. Es ist tatsächlich die Regierung der Front-Generation, das heißt der Generation, die die Front für die Arbeiterfeinde bildet. Diese Regierung erfüllt durch Notverordnungen, was das Ausbeutertum am inbrünstigsten wünschte, nämlich den Abbau der Sozialversicherung und obendrein die Besteuerung der nun ihre sozialpolitischen Rechte beraubten Proletarier. Wir sind in Deutschland immer von mehr oder weniger arbeitserfähdlichen Regierungen heimgesucht gewesen, aber keine hat es gewagt, die sozialpolitischen Einrichtungen so unverfroren zu verschandeln, wie diese Regierung, dem den katholischen Zentrum das Gepräge gibt. Und wenn diese Partei, die Front des Ausbeutertums, bei der nächsten Wahl einen Erfolg erlangen sollte, dann Gaude Gott der Sozialversicherung und den spärlichen Rechten der Arbeiter.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit sich diese christlich-nationale Regierung an dem kargen sozialpolitischen Gute vergreift, sei an den Änderungen der Krankenversicherung dargestellt. Wir nehmen deswegen die Krankenversicherung, weil da jeder Arbeiter weiß, was er bisher bekam und was er künftig, dank der Verordnung der christlich-nationalen Regierung bekommt. Zu diesem Zwecke ein paar Beispiele: Uebersteigt nach den neuen Bestimmungen der Verdienst des Versicherten den Jahresarbeitsverdienst von regelmäßig 3600 RM, dann scheidet der Versicherte mit dem Tage der Uebersteigerung aus der Versicherungsliste in der Krankenversicherung aus. Und tritt die Uebersteigerung durch rückwirkende Zalage ein, so ist für das Ausscheiden der Tag maßgebend, an dem diese Zalage erstmalig gezahlt wird. Versicherte, die auf Grund von Versicherungsberechtigung u. a. auf Grund von Selbstversicherung und Weiterversicherung Mitglied einer Krankenkasse sind, scheidet aus der Versicherung aus, wenn das regelmäßige jährliche Gesamtinkommen 8400 RM. übersteigt.

Bei der Entnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln hat der Versicherte von den Kosten jeder Arzneiverordnung den Betrag von 50 Reichspfennig zu bezahlen. Wenn auf dem Verordnungsblatt mehr als eine Verordnung enthalten ist, ist der Betrag von 50 Reichspfennig allerdings nur einmal zu estricken. Kostet die auf die Verordnung hin abgegebene Arznei usw. weniger als 50 Reichspfennig, so sind für die Verordnung nur die wirklichen Kosten zu estricken.

Will der Versicherte einen Arzt aufsuchen, so muß bei der Krankenkasse ein Krankenschein gelöst werden. Die Gebühr dafür beträgt 70 Reichspfennig. Für ein und denselben Versicherungsfall ist die Gebühr nur einmal zu estricken. Auch Arbeitslose, Invaliden und Arbeitsunfähige müssen für das Lösen des Krankenscheines 70 Reichspfennig estricken. Für die Angehörigen kommt nur eine Krankenscheingebühr von 10 Reichspfennig in Frage.

Krankengeld wird vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt. Endet die Arbeitsunfähigkeit an einem Sonntag oder einem staatlich allgemein anerkannten Feiertag, so wird dieser Tag für das Krankengeld nicht mitgezählt. Wenn der Versicherte während seiner Krankheit Lohn oder Gehalt forthezieht, erhält er kein Krankengeld. Krankengeld wird in diesem Falle erst nach Wegfall des Bezugs von Arbeitsentgelt gewährt.

Das Krankengeld beträgt 90 vH des Grundlohnes. Durch Satzungsbeschlüß kann das Krankengeld für Versicherte mit Angehörigen erhöht werden. Der Zuschlag darf allerdings für den Ehegatten 10 vH und für jeden sonstigen Angehörigen 5 vH des Grundlohnes nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag von Krankengeld und Zuschlag darf drei Viertel des Grundlohnes nicht übersteigen. Ledige erhalten grundsätzlich nur ein Krankengeld von 50 vH des Grundlohnes.

Wenn der Versicherte innerhalb der letzten 6 Monate mindestens 3 Monate gegen Krankheit versichert war, erhält der Ehegatte und die unterhaltungsberechtigten Kinder einen gesetzlichen Anspruch auf Krankenpflege bis zur Dauer von 13 Wochen. Unter Krankenpflege fällt freie ärztliche Behandlung und Verabreichung von Arznei und kleinere Heilmittel. Von den Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel erhalten die Angehörigen die Hälfte erstattet. Als Kinder gelten: 1. die ehelichen Kinder, 2. die für ehelich erklärten Kinder, 3. die an Kindes Statt angenommenen Kinder, 4. die unehelichen Kinder eines männlichen Versicherten, wenn seine Vaterschaft festgestellt ist, 5. die mangelichen Kinder einer Versicherten, 6. die Stiefkinder und die Enkel, wenn sie vor Eintritt des Versicherungsfalles von dem Versicherten überwiegend unterhalten worden sind.

Stirbt ein Mitglied der Krankenkasse, so kann der überlebende Ehegatte, wenn er nicht selbst für den Fall der Krankheit versichert ist, die Mitgliedschaft unter denselben Voraussetzungen und in derselben Weise wie ein Mitglied fortsetzen.

Verlegen Weiterversicherungsberechtigte und Weiterversicherte ihren Wohnort, dann werden sie Mitglieder der Kasse des neuen Wohnorts.

Der Rückgang des Fleischverbrauchs

Der Fleischverbrauch ist ein gutes Mittel, die Entwicklung des Massenverzehrs im allgemeinen zu beobachten. In der letzten Zeit ist ein Rückgang des Fleischverbrauchs eingetreten. Wenn man den Verbrauch der Gesamtbevölkerung 1913 = 100 setzt, so ergibt sich, daß die Vergleichsziffer im Jahre 1928 111,2, 1929 109 und im ersten Vierteljahr 1930 103,5 betrug. Da die Zahl der Erwachsenen aber wesentlich größer ist als vor dem Kriege, ist die Annahme des Verbands je Kopf der Gesamtbevölkerung

FAMILIE UND HEIM

Schönheitspflege fürs Volk

Die Kosmetik (Schönheitspflege) ist schon lange kein Luxus der oberen Zehntausend mehr, wenigstens nicht mehr ausschließlich, sondern auch eine Angelegenheit der Frauen und Männer, die noch andere Sorgen im Leben haben außer der, die natürliche Schönheit durch künstliche Mittel zu steigern. Sie ist vielmehr in dieser Zeit, in der man stärker denn je bemüht ist, alle Formen der Erscheinungen sympathisch zu gestalten, und das Auge, schärfer, kritischer und anspruchsvoller geworden, zu befriedigen, sie ist jetzt eine Sache geworden, mit der sich die Allgemeinheit beschäftigen muß und beschäftigt.

Es geht nicht mehr wie früher nur um Tüchtigkeit und Begabung, es geht auch um das Gesicht. Verkäuferinnen, Angestellte, Frauen und Männer aller Berufe sind in dem so verschärften Daseinskampf gezwungen, auch ihre äußere Erscheinung in Rechnung zu stellen. Es gilt, körperliche Mängel zu verdecken, Fehler zu beseitigen, es gilt sehr oft, die Zeichen des Alters zu verwaschen.

Nicht nur bei dem in der Zeit begründeten Unfug der endlosen Schönheitswettbewerbe, auch überall im Geschäfts- und Berufsleben läuft die hübschere, sympathischere Erscheinung bei annähernd gleicher Begabung der minder Schönen den Rang um ein Vielfaches ab. In den Warenhäusern, in den Geschäften, den Restaurants: überall bevorzugen die Unternehmer das hübschere, jüngere Gesicht, weil es seine Kunden und seine Gäste gleichfalls bevorzugt.

Noch krasser aber wird diese Erscheinung in ihrer Umkehrung: wie viele Menschen, Frauen und auch Männer, fürchten ihres Äußeren wegen eines Tages ihre Stellung zu verlieren. Wie viele sehn in den Spiegel und untersuchen mit Sorge und Angst die Falten, die ihnen das Alter zeichnet und den Chef daran mahnen werden, eines Tages „aufzufrischen“ und „junges Blut in seinen Betrieb zu bringen“. Und wie viele Menschen laufen arbeitslos herum und finden keine Stellung, weil in Muttermal, eine Unkorrektheit des Gesichts, eine Verkümmung ihres Körpers sie entstellt.

Wer Geld hat, geht zum Arzt und läßt sich operieren, läßt sich verbessern. Und wer keins hat? Für diese vielen hat man vor einigen Monaten in Berlin zum ersten Male etwas getan, indem man draußen im Wedding eine öffentliche und unentgeltliche kosmetische Beratungsstelle gegründet hat. Diese Stelle besteht jetzt neun Monate. Ueber 300 Menschen haben sich in dieser Zeit dort Rat und Hilfe geholt, und es ist es jetzt schon möglich und vielleicht auch nötig, zu untersuchen, wie diese Stelle arbeitet, wem sie hilft, wie sie hilft.

Daß sie tatsächlich eine große Lücke ausgefüllt hat, das beweist der Umstand, daß gerade jetzt der Aerzte- und Berlins eine gleiche derartige Stelle in einem anderen Stadtteil eröffnet hat, und das beweisen unzählige schriftliche Anfragen aus der Provinz, die es als notwendig erscheinen lassen, daß derartige Stellen auch in anderen Städten eröffnet werden.

Merkwürdig groß ist die Zahl der Männer, die sich an diese Stelle gewandt haben. Ein Drittel aller Ratsuchenden sind Männer, zwei Drittel Frauen. Untersucht man die soziale Schichtung der Anfragenden, so sind es — auch mit einem Drittel etwa — in erster Linie Arbeiterinnen und Arbeiter, was, trotzdem Leute aus allen Stadtteilen hierherkommen, besonders mit der Lage dieser Stelle in Zusammenhang zu bringen ist. Dann sind es Angestellte und Gewerbetreibende, in zweiter Linie freie Berufe, Hausangestellte, Schauspieler und Künstler, und schließlich Rentner.

Aus der Tatsache, daß so viele Männer kommen, und aus der beruflichen Schichtung ergibt sich, daß es nicht die Eitelkeit ist, die die Leute hierher treibt, sondern der Beruf, die Sorge und Not ums tägliche Brot, der Kampf um die Stellung. Die körperlichen Entstellungen, die zu diesem Wege zwingen, sind in der Hauptsache Hautleiden und Alterserscheinungen, Runzeln und Falten, die die Angst vor der Entlassung täglich stärker werden lassen oder das Finden einer neuen Stellung unmöglich machen.

Insbesondere bei Männern sind es dann Tätowierungen, die entfernt werden sollen. Dann folgen in der Reihe der Häufigkeit Entstellungen durch Narben der Nase, der Augen, Ohren, Lippen, des Kiefers, der Brust, oft auch der Beine. Auch Fälle kommen vor, wo sich die Hilfesuchenden irgendeine Entstellung einreden, die sie gar nicht oder wenigstens nicht im geglaubten Maße haben.

Das aber, was alle diese Fälle, die bis auf manche vom rein medizinischen Standpunkt aus nicht sonderlich schwierig sind, ungemein erschwert, ist die finanzielle Frage. Die Leute, oft stellungs- und vollkommen mittellos oder nur sehr schlecht besoldet, können kein Geld für Schönheitsoperationen aufbringen. Die Krankenkassen verhalten sich in fast sämtlichen Fällen durchweg ablehnend und verweisen auf die gesetzlichen Bestimmungen, die ihnen dazu Berechtigung geben.

Erfreulicherweise hat die Beratungsstelle aber in vielen Fällen von anderer Seite Hilfe und Unterstützung gefunden: bei den Wohlfahrts- und Arbeitsämtern. Daß durch diese Operationen Menschen ermöglicht wird, Stellungen zu behalten, die sie sonst verloren hätten, oder Stellungen zu bekommen, was sonst ausgeschlossen gewesen wäre, bewilligen diese Ämter die Kosten für die Operation, um sonst notwendig werdende Unterstützungen einzusparen, zumal diese höher wären als die einmalige Hilfe. Diese Operationen werden von Ärzten, die sich dazu bereit erklärt haben, zu den

Mindestsätzen der Gebührenordnung für Minderbemittelte ausgeführt und kosten durchschnittlich 20 bis 60 RM. Rechnet man im großen Durchschnitt auf der anderen Seite, daß ein Arbeitsloser das Arbeits- oder Wohlfahrtsamt wöchentlich 20 RM kostet, so ergibt sich die Wirtschaftlichkeit dieses Ausweges. Die Krankenkassen haben noch nicht einmal in ein Zehntel aller bisherigen Fälle eingegriffen. Die Beratungsstelle selbst nimmt keine Behandlungen oder Operationen vor.

Oft gehörten viel Mühe und mancher Umweg dazu, diesen Unglücklichen zu helfen, und beinahe immer muß man neben dem Leiden auch noch die sozialen Verhältnisse der Leute untersuchen. Aber das Ergebnis ist erfreulich. Die kosmetische Beratungsstelle hat nicht nur in vielen Fällen beraten, sondern fast allen, die zu ihr kamen, helfen können, körperliche Mängel zu beseitigen, um den anderen Menschen mit gleicher Aussicht an die Seite treten zu können in dem harten Kampf um die Stellung, in dem heute jeder Einsatz zählt, und nicht zuletzt der der eigenen Erscheinung.

Mario Mohr.

Der Holzsäbel

Bei den Jungs war mal wieder die Soldatenspielerei ausgebrochen. Seit Jahren hatte man hier neben Liedkes Scheune nicht mehr Soldat spielen dürfen — und man hätte es auch jetzt wohl noch nicht gedurft, wenn Ida Liedke zu Hause gewesen wäre, denn die litt keine Soldatenspielerei, und zu seinem großen Kummer durfte der blonde Konrad niemals mittun, wenn die anderen stolz unter Trommelwirbel Parade abhielten.

„An der verfluchten Soldatenspielerei ist dein Vater zugrunde gegangen“, hatte Ida mit harter Stimme gesagt, als sie dem Konrad das Gewehr entzwei schlug, das dem Sechsjährigen der Gutsbesitzerssohn geschenkt hatte. Es war zwar nur eine Holzflinte ohne Lauf und Hahn, aber es war doch ein wunderschönes Gewehr gewesen... und was wußte Konrad schon von seinem Vater? Leben und Sterben dieses Vaters lag jenseits der Zone, in der sein Denken, ja, in der sein Leben anfing, denn Konrad war ein nachgeborenes Kind: Als er in dem niederen Bauernhause zum erstenmal die Wände ansah, war der lose aufgeschleppte Hügel über dem Soldatengrab seines Vaters schon längst in alle Winde verweht. So kannte er nichts anderes als das vorzeitig hart gewordene Gesicht seiner Mutter und die ihn heimlich verzärtelnde Liebe der Großeltern.

Wenn die Mutter fort war, dann durfte Konrad alles — auch Soldaten spielen. Die Jungs spielten ja alle Soldaten, und im letzten Winkel seines Herzens hatte Liedkevatervater noch immer eine Liebe für sein altes Regiment, in dem er ein so schneidiger Ulan gewesen war. Wenn der Fritz gefallen war, dann war ja doch nur der Krieg schuld, der verdammte Krieg, den die andern angefangen hatten. Aber Soldaten, Soldaten... das war was Schönes! Schmunzelnd sah Liedkevatervater dem „Schlachtgewühl“ zu. Der Konrad war ein Hauptkerl! Wie der ausholte mit seinem Säbel — Liedkevatervater hatte ihm den selbst heimlich geschnitzt: Die Ida durfte ja von so was nichts wissen!

Die Jungs tobten, wie von der Leine gelassen: Liedkes Hof war ja zum Soldatenspielen wie geschaffen. Vor vier Wochen waren hier erst Reichswehrmanöver gewesen. Da hatte man wieder Soldaten gesehen — Soldaten, ach — und Militärmusik gab es alle Tage.

„Täterätätäh...“
Konrad stand auf dem Heuboden, General, Trompeter und Festungskommandant in einer Person. Die geballte Faust ersetzte die Trompete. Nein, die Feinde würden seine Festung nicht erobern; seine Soldaten wußten zu kämpfen; die verteidigten todesmutig das breite Scheunentor! „Kar!... Kar! Paß mal auf! Links kommen sie, links, Mensch... Vorwärts der zweite Zug da... Feuer! Feuer!... Das Maschinengewehr ran.“

Es war ein herrlicher Krach — ein Krach, wie ihn nur ein Dutzend begeisterter Jungs zustande bringen können. Das



Der eigentliche Regierungstürzer

„Maschinengewehr“, ein runder Holzpflöck, den der Herr Festungskommandant eigenhändig auf den Puppenwagen einer kleinen Schulfreundin montiert hatte, bestrich das ganze Gelände. Keine Idee, daß da ein Feind durchkam! „Redtek-tak-tak-tak-tak... taktak... taktak... taktak...“ Sie hatten es ja gehört, wie son Ding spuckte! Nee, da kam keiner durch.

Aber die Feinde kümmerten sich gar nicht drum. „Bajonettangriff!“ So was hatten sie doch auch gehört. Malbrinks Fritz wußte es ganz genau; dem hatte es sein Quartierssoldat erzählt. Mit dem Bajonett schaffte man zuletzt alles! Und schon waren die Jungs im Scheunentor und hatten die beiden MG-Leute am Kragen. Es war eine glorreiche Kellerei. Aber das durfte sich der Kommandant doch nicht bieten lassen! Die hatten ja keine Ahnung! Die waren ja längst tot! Er mußte runter — er würde die Kerls schon kriegen! Fest griff die braune Knabenhand um den Holzsäbel... ach was, die Leiter... vom Heuwagen konnte er sie viel besser kriegen...

„Konrad!“
Mitten im Sprunge riß es den Jungen herum. Das war Mutter! Der Schreck nahm seinem Sprunge die Sicherheit. Er landete auf dem Ladebaum — glitt aus, fiel...
„Konrad...!“

Ida Liedke wurde weiß wie die Scheunenwand. Herrgott! Herrgott! warum stand denn der Junge nicht auf? Warum schlug er denn so sonderbar mit den Füßen? Sie schrie gellend auf. Ihr Kreischen erfüllte die Scheune, den Hof. Wie eine Rasende zerrte die kleine, zarte Frau an der schweren Scheunenleiter. Sie mußte hinauf! Ihr Junge!

Sie fand ihren Jungen. Die Heulhalm um seinen blonden Kopf waren rot. Blut! Blut, das in schweren Stößen aus dem aufgerissenen, braunen Knabenhals pumpt. Konrad war in seine geliebte, festumklammerte Waffe gestürzt. Noch hielt die Knabenfaust das Heft des Holzsäbels.

Auf dem Dorfkirchhof steht auf einem Kindergrab ein merkwürdiges Denkmal: In einem Glaskasten liegen zwei Stücke eines zerbrochenen Holzsäbels. Eine ungeluckte Frauenhand hat auf einen Zettel darunter die Worte geschrieben: „Des großen Mordens Anfang.“ Ake Ley.

Ist die Maschine schuld?

Gedanken unter einem Baugerüst.

Die Sonne lag grell auf den Dächern. Hundstagshitze in den Straßen und Gassen. Der Asphalt wurde zu einer weichen, gummiartigen Masse und dampfte, als der Sprengwagen vorbeifuhr. Ich bog von der breiten Verkehrsstraße ab und stolperte über die trockenen Wagenspuren eines Feldweges. Vor mir lag das Baugelände der Großstadt, mitten im freien Felde. Wo noch vor Jahren der Bauer Ackerfurchen zog, gruben seit einigen Wochen Erdarbeiter Fundamente für neue Häuser. Jetzt klangen Geräusche der Arbeit in den schwülen Mittag. Banarbeiter, mit schweißfeuchten Hemden, braungebrannten Armen und bronzefarbenen Gesichtern standen auf den Baugerüsten, schwingen Hämmer, häntierten mit Kelle und Senkblei.

Ermattet ließ ich mich im Schatten eines Baugerüstes nieder. Motoren brummt... Ich wandle mich dem riesigen Bauplatz zu. Sechs große Reihenbauten, die einigen hundert Familien Wohnungen geben sollen, waren hier im Werden. Hoch über einige Bäume ragten sechs Kräne. Gespannt folgte ich dem Tun dieser „eisernen Bauarbeiter“. Mörtelpfannen machten eine luftige Fahrt und landeten auf den Gerüsten zu den Füßen der Maurer. Kies und Steine trugen die Kräne. Wie große Koffer sahen die zusammengestellten roten Ziegel aus, die sich jetzt von der ebenen Erde hoben. Balken und Bretter baumelten durch die blaue Sommerluft, um Sekunden später von den schwierigen Fäusten der Zimmerleute gefaßt zu werden. Fast ohne Pausen arbeiteten die Kräne...

Welch ein Fortschritt, dachte ich. Wieviel Arbeiterschweiß wird durch die „eisernen Kollegen“ erspart, Tage der Kindheit wurden mir wieder gegenwärtig. Wie oft hatte ich in der Kleinstadt an Bauplätzen gestanden. Damals, vor 25 Jahren, half kein Kran beim Bau. Flaschenzüge beförderten Balken und Dachschiefer. Durch die Hände wanderten in flottem Wurf die Ziegelsteine bis in das erste Stockwerk. Ziegelträger ächzten mit ihren Kraxen auf schwankenden Leitern, wenn die Mauern höher wuchsen. Mit schweren Mörtelbütten auf dem Rücken stiegen andere Arbeiter über dünne Sprossen und schmale Bretter. Sie schufteten und schwitzten — zehn, zwölf Stunden und noch länger. Vorbei — der Kran entlastet heute die Arbeiter.

Der Kran entlastet die Arbeiter — aber im gleichen Augenblick, als mir dieser Gedanke durch das Hirn schoß, fiel mir ein: der Kran entrechtet auch die Arbeiter. Er nimmt ihnen den Arbeitsplatz. Für immer sind die Ziegel- und Mörtelträger von den Bauplätzen verdrängt. Sie müssen ihre Arbeitskraft an anderen Stellen des Arbeitsmarktes anbieten, können jedoch nicht durchweg in anderen Erwerbszweigen unterkommen, denn auch dort sind die Verhältnisse die gleichen. Das laufende Band und der Traktor erübrigen Transportarbeiter. Die Arbeitsmöglichkeiten für Dreher, Fräser und Schloßer sind eingeeignet durch Maschinen, die automatisch arbeiten. Die Klangapparatur der Tonfilme führt zur Entlassung der Musiker. So ist es in allen Berufen.

Die Maschine ist schuld daran, daß Millionen brotlos werden — die elektrische Kraft im Verein mit der Maschine? Nein! Es braucht nicht so zu sein. Hier zeigt sich nur eindeutig die Sinnlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Die Maschinen sollten das harte Tagewerk der Arbeiter erleichtern und die Arbeitszeit verkürzen, den Preis der Ware verbilligen und damit den Verbrauch erhöhen. Sie sichern und steigern aber nur die Profiteure der Unternehmer. Der technische Neuaufbau der Wirtschaft vollzieht sich auf Kosten der Arbeiter.

Solche Gedanken kamen mir unter dem Baugerüst und meine Wünsche und Sehnsüchte gipfelten in dem Satz, den Millionen Gewerkschafter und Sozialisten aussprechen: Es muß anders werden! Wir müssen die Profitwirtschaft, die die technischen Fortschritte nur den kapitalistischen Zwecken dienstbar macht, beseitigen und Wirtschaft für den Menschen — sozialistische Wirtschaft — treiben, in der die Fortschritte der Technik sich zum Segen und nicht zum Fluch für die Arbeiter auswirken. Rudi Eims.

Der beste Freund

Um fünf Uhr morgens, als ihr Gatte noch immer nicht zu Hause war, gab sie ein Telegramm an seinen besten Freund auf: „Jack ist nicht nach Hause gekommen. Bin beunruhigt. Verbringt er die Nacht bei dir?“

Kurz darauf kam der Gatte heim und erklärte die Ursache seines Ausbleibens. Während er noch erzählte, brachte ein Junge eine Depesche, die lautete: „Ja, Jack verbringt die Nacht bei mir!“



VERBANDSLEBEN



Werkverein nicht tariffähig!

Nach dem Urteil des Arbeitsgerichts in Mainz

Die Portland-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart AG sind berichtigt als eine Brutstätte der gelben Werkvereine. Eine Ausnahme in diesem Konzern machte bis Ende v. J. das Werk Weisenau bei Mainz. In den ersten Dezembertagen des vorigen Jahres wurde jedoch auch hier ein Werkverein gegründet. Dieser Werkverein und seine Beziehungen zur Direktion der Zementwerke Weisenau bildeten Gegenstand eines wochenlangen Prozesses vor dem Arbeitsgericht in Mainz.

Für die Zementwerke bestand bis zum April 1928 ein mit den Gewerkschaften geschlossener Tarifvertrag. Als die Gewerkschaften diesen Vertrag zum April 1928 gekündigt hatten, forderten die Werke eine Herabsetzung des Tariflohnes um 3 Pf. die Stunde unter gleichzeitigem Abbau der Prämien und Leistungszulagen. Eine Verständigung über einen neuen Tarifvertrag kam auch durch Anrufung des Schlichtungsausschusses nicht zustande. Die Zementwerke bestritten die Rechtsgültigkeit der Kündigung und strengten dieserhalb einen Prozeß an. Am Arbeitsgericht Mainz und Landesarbeitsgericht Darmstadt fielen sie mit dieser Klage herein. Der daraufhin erneut angerufene Schlichtungsausschuß setzte einen Verhandlungstermin auf den 12. Dezember fest. Wenige Tage vorher wurde in den Zementwerken ein Werkverein gegründet. Mit einer solchen Gründung hatte der Direktor der Zementwerke bereits im Sommer 1928 gedroht, als die Gewerkschaften seiner Forderung auf 3 Pf. Lohnabbau nicht stattgeben wollten.

Am 3. Dezember fand die Gründungsversammlung statt. Der hier gewählte Ausschuß trat sofort mit der Werksleitung in Verhandlungen wegen Abschluß eines Tarifvertrages. Am 11. Dezember billigte bereits die Generalversammlung des Werkvereins das Ergebnis dieser Verhandlungen, das darin bestand, daß er die von den Gewerkschaften bekämpfte Lohnherabsetzung annahm. In den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß legte der Direktor diesen „Tarifvertrag“ triumphierend vor und verlangte, daß wegen dieses Vertrages der Schlichtungsausschuß keinen Schiedsspruch fällen dürfe. Diesen Gefallen tat ihm dieser Schlichtungsausschuß allerdings nicht, sondern er verkündete einen Schiedsspruch, wonach es bei den Bestimmungen der früheren Verträge mit den Gewerkschaften (also ohne Lohnherabsetzung) bleibe. Dieser Schiedsspruch wurde dann vom Schlichter für verbindlich erklärt.

Die Zementwerke legten wenige Tage nach Verkündung des Schiedsspruches ihren Betrieb wegen Absatzmangel und zum Zweck technischer Umstellungen still. Vorher schon wurde bereits in der Belegschaft das Gerücht verbreitet, wer nicht Mitglied des Werkvereins

sei, werde nach der Wiedereröffnung des Betriebes nicht wieder eingestellt. Tatsächlich wurde bei der Wiedereröffnung des Zementwerkes den um Arbeit anfragenden Leuten Scheine vorgelegt, in denen gefragt wurde, ob sie zu dem Werkvereinstarif oder zu dem gewerkschaftlichen Tarif arbeiten wollten. Des weiteren ein Schein, wonach der um Arbeit anfragende Arbeiter um Aufnahme in den Werkverein ersuchte. Nachdem Gewerkschaftsmitglieder, die sich offen als solche bekannten und auch Entlohnung nach dem gewerkschaftlichen Tarif forderten, nicht eingestellt wurden, erhoben die beteiligten Organisationen Klage gegen die Zementwerke wegen der Verletzung der tariflichen Friedens- und Durchführungspflicht.

In dem am 25. Juli verkündeten Urteil wurden den Zementwerken unter Androhung einer Geldstrafe von 10 000 RM für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt:

a) Die Einstellung von Mitgliedern der Kläger in ihren Betrieb von der Anerkennung des zwischen der Beklagten und dem Werkverein bei der Beklagten abgeschlossenen Arbeitsnormenvertrages vom 12. Dezember 1929 bzw. 25. Januar 1930 abhängig zu machen.

b) Die Mitglieder der Kläger aufzufordern oder aufzupfordern zu lassen, zu den Bedingungen des obgenannten Arbeitsnormenvertrages und nicht zu den Bedingungen des rechtswirksamen Tarifvertrages zwischen den Prozeßparteien zu arbeiten.

Aus den Gründen dieses bedeutungsvollen Urteils sei hervorgehoben, daß das Arbeitsgericht in dem Verhalten der Zementwerke eine Verletzung der Friedenspflicht erblickt, da die Ausschaltung der Gewerkschaftsmitglieder einem Boykott gleichzuachten sei, der bei bestehendem Vertrag eine unzulässige Kampfhandlung darstelle. Bezüglich des Werkvereins führt das Urteil aus, daß das Arbeitsgericht grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß Werkvereine nicht tariffähig seien. Selbst wenn man aber der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts, daß Werkvereine tariffähig sein können, folgen wollte, so müsse dem Werkverein im Zementwerk Weisenau dennoch die Tariffähigkeit abgesprochen werden.

Der Prozeß kennzeichnet trefflich die Werkvereinsbewegung. Das Arbeitsgericht hat sich der Erkenntnis nicht entziehen können, daß engste Verbindungen zwischen diesen Sumpfpflanzen und den Unternehmern bestehen. Ob das Reichsarbeitsgericht, das sich nach den Erklärungen der Zementwerke mit diesem Prozeß noch befassen wird, seine auf Grund von Scheinprozessen gewonnene Meinung von der Tariffähigkeit der Werkvereine aufrechterhalten wird?

hierauf gestützt kann man die „Herausgabe der unzulässigen Bereicherung“ verlangen.

Es wird zum Vorteil eines jeden Arbeiters sein, daß er sich, falls er bei seiner Abkehr noch irgendwelche Forderungen hat, den Rechtsweg nicht von vornherein durch eine Verzichtserklärung verbannt. Wird bei der Abkehr ein Schriftstück zum Unterschreiben vorgelegt, so lese man es erst aufmerksam durch, bevor man es unterschreibt, und streiche alles durch, was mehr als den Erhalt des Lohnes und der Papiere bescheinigt.

Arthur Schmit 25 Jahre Schriftleiter

Der Schriftleiter des Grundsteins, Arthur Schmit, feierte kürzlich die 25. Wiederkehr seines Eintritts in die Laufbahn der gewerkschaftlichen Schriftleiter. Daß er es darin so lange ausgehalten, läßt darauf schließen, daß er zur Zufriedenheit seiner Mitglieder und zu seiner eigenen geschäftl. hat. Er war nun freilich nicht von jeher beim Blatte der Bauarbeiter, sondern kam zu ihnen von den Töpfern. Schmit ist von Beruf Ofenformer, gehörte folgedessen zum Töpferverband, dessen 2. Vorsitzender er bis zum Jahre 1905 war. In diesem Jahre wurde die Stelle als Schriftleiter geschaffen und unseren Kollegen Schmit übertragen. Mit der Errichtung des Bauarbeiterbundes kam er nach Hamburg zum Grundstein, den er heute noch leitet. Mit der Uebersiedlung des Bauarbeiterbundes nach Berlin kehrte Schmit zurück zum Ausgangspunkt seiner Tätigkeit.

Unser Jubilar gehört zu den eifrigsten Mitgliedern des Fachausschusses der Gewerkschaftspresse. Dessen nützliche Wirksamkeit wird nicht wenig gefördert durch das gute Beispiel, das der Grundstein technisch und inhaltlich darstellt. Wer sich von unseres Jubilars beruflicher Fähigkeit überzeugen will, braucht nur den Grundstein von früher mit dem von heute zu vergleichen. Er gehört zu den besten der deutschen Gewerkschaftsblätter. Wir freuen uns darüber. Noch mehr freuen wir uns, daß der Schriftleiter des Grundsteins noch bei gutem Humor ist. Mit dieser Gottesgabe wird er, das wollen wir hoffen, noch viele Jahre wie bisher weiter-schaffen.

Jubiläum in Driesen

Die Verwaltungsstelle in Driesen a. d. Netze besteht schon länger als 30 Jahre. Sie hat jetzt die Ehre, den ersten Jubilars, des Kollegen Wilhelm Kirschner, für die 25jährige Mitgliedschaft im DMV in würdigen Rahmen vorgenommen. Die Ortsverwaltung überreichte dem Jubilar als Anerkennung für seine Mitgliedschaft ein Geldgeschenk und die Ehrenurkunde. Die jüngeren Kollegen sollten dem Jubilar nachsehen, aber nicht nur in der 25jährigen Mitgliedschaft, sondern auch im Kampfe und Wirken für die Organisation. Trotz Verschwinden der Metallindustrie am Orte, die dicht an der polnischen Grenze liegt, ist es der Ortsverwaltung gelungen, den Mitgliederstand zu halten.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Mit Sonntag, dem 24. August, ist der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. August 1930 fällig.

Sitzverlegung des Verbandes.

Der Umzug des Verbandes von Stuttgart nach Berlin ist vollzogen. Alle Zuschriften an den Vorstand des DMV, die Verlagsgesellschaft des DMV, die Firma Schlick & Co., den Unterstützungsverein des DMV usw. sind nach Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148, zu richten. Das gleiche gilt für persönliche Schreiben an die Vorstandsmitglieder und die Beamten im Hauptbüro.

Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 5 715 899, lautend auf den Elektromonteur Friedrich Voh, geb. am 31. Mai 1909 in Kaufbeuren. (Kempten). Mitgliedsbuch Nr. 5 579 472, lautend auf den Dreher Philipp Waldecker, geb. am 7. Mai 1908 in Mannheim. (Mannheim, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148.

Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten!

von Carosserarbeitern aller Branchen nach Basel St.; von Metalldruckern nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.; von Silberarbeitern nach Burgdorf i. Hann. A. u. St.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperrungen müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

Jubilarfeier in Glatz

Die Verwaltungsstelle in Glatz feierte die 25jährige Mitgliedschaft der Kollegen Reichelt und Barutschek. Sie wurden die Mitfeiernden wurden von dem Bevollmächtigten feierlich begrüßt, der Bezirkssekretär Pfofe aus Breslau hielt die Festansprache. Dann wurden die Ehrendiplome den Jubilaren überreicht, die dafür herzlich dankten und gelobt, wie bisher weiter zu wirken für den DMV und die gewerkschaftliche Sache. Bei munterer Unterhaltung blieb die Versammlung noch etliche Zeit beisammen.

Tragisches Ende eines alten Funktionärs

Am 25. Juli verschied in Coswig unser langjähriges Verbandsmitglied Eduard Schmidt. Er war seit 1896 Mitglied und seit dieser Zeit ein hervorragender Funktionär. Man kann heute mit Recht sagen, daß es in Coswig gelungen ist, so ziemlich alles organisiert zu haben. Daran hatte unser Kollege Schmidt hervorragenden Anteil. Die Anerkennung blieb nicht aus. Der Ausschuß der Ortskrankenkasse Coswig wählte ihn im Jahre 1906 zum Geschäftsführer. Am 31. März 1930 trat er in den wohlverdienten Ruhestand ein.

Sein Nachfolger erkrankte kurz nach Aufnahme seiner Tätigkeit. Der Kollege Schmidt, uneigennützig wie er immer war, stellte sich wieder zur Verfügung. Am 25. Juli, auf seinem Wege zur Arbeitsstelle, wurde er von einem Lastauto überfahren. Seine Einäscherung erfolgte am 29. Juli zu Dresden unter großer Beteiligung. Die Arbeiterschaft hat einen ihrer Besten verloren.

Dafür ist Geld da!

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 28 einen Aufsatz unseres Mitarbeiters Ibykus, worin auf die Schrift von Hans Wilbrandt über Agrarkrise und Rationalisierung Bezug genommen wird. Hierzu erhalten wir von dem Verfasser der Schrift eine Richtigstellung, die wir im wesentlichen folgen lassen; ohne unsrerseits heute dazu irgendwie Stellung zu nehmen:

Dem Verfasser des Aufsatzes in Nr. 28 der IZ sind, so heißt es in der Richtigstellung, entscheidende Irrtümer unterlaufen. Es wurden in meiner Schrift die Darstellungen der Subventionen und Zuschüsse, die die Landwirtschaft seit 1925 erhalten hat, nicht gegeben, um diesen Subventionen irgendwie das Wort zu reden, sondern um zu zeigen, daß die für die Landwirtschaft bereitgestellten Gelder falsch verwendet worden sind. Auch wurden von mir die der Landwirtschaft gewährten Zollvorteile nicht dargestellt, um ihre Notwendigkeit zu betonen, sondern um auch hier auf die Opfer hinzuweisen, die die Allgemeinheit für die Landwirtschaft übernommen hat. Meine Schrift steht also zu den von Schiele und dem Landbund angestrebten Zielen der Subventions- und maßlosen Zollpolitik in schärfstem Gegensatz. Sie versucht zu zeigen, wie durch Produktionsrationalisierung die Erzeugung verbilligt wird und die Zollrückren überflüssig gemacht werden. Mit keinem Worte wird in meiner Schrift gegen die Erhaltung und Stärkung der städtischen Kaufkraft und der Arbeiterlöhne Stellung genommen, im Gegenteil, eine günstige Entwicklung der Arbeiterlöhne als notwendig auch für die Landwirtschaft vorausgesetzt.

Kann die Hälfte der Menschheit kann lesen. Das Erziehungsbüro der Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlichte eine Bildungsstatistik, die sich auf 62 Länder mit einer Einwohnerzahl von im ganzen mehr als einer Milliarde erstreckt. Von dieser Bevölkerung, soweit sie das 10. Lebensjahr überschritten hat, sind fast 50 vH ohne Schulbildung. Der Prozentsatz der Analphabeten unter den Bewohnern der ganzen Erde wird auf 62 berechnet.

Keine Ausgleichsquittungen unterschreiben!

Heute wird fast jedem Arbeiter bei Anshändigung der Arbeitspapiere und des Restlohnes eine Bescheinigung zur Unterschrift vorgelegt, durch die er erklären soll, daß er keinerlei Ansprüche mehr an seinen früheren Unternehmer hat. Vielfach wird diese Quittung ohne Durchlesen unterschrieben. Wenn es auch den Gepflogenheiten entspricht, den Erhalt der Papiere und des Restlohnes schriftlich zu bestätigen, so besteht keineswegs irgendeine rechtliche Verpflichtung des Arbeiters, solche Zettel zu unterschreiben.

Arbeiter, die ein solches Schriftstück unterschreiben haben und später irgendwelche Forderungen beim Arbeitsgericht geltend machen, werden nach der heutigen Rechtsprechung mit ihrer Klage abgewiesen, weil sie durch diese Ausgleichsquittung jeglichen Anspruch verwirkt haben. Erfolg wird der Kläger nur dann haben, wenn er beweisen kann, daß er sich bei der Verzichtleistung in einem entschuldigen Irrtum befunden hat. Ein solcher Beweis ist aber schwer zu führen.

Es gilt daher, sehr vorsichtig zu sein. Kein Arbeiter sollte solche Reverse oder Verzichtserklärungen unterschreiben, zumal der Unternehmer verpflichtet ist, Papiere und Restlohn ohne schriftliche Bestätigung anzuhändigen. Größere Firmen lassen sich oft den Empfang der Papiere und des Geldes bescheinigen, weil ihnen dadurch eine ordnungsmäßige Buchführung gewährleistet wird. Hier heißt es aufpassen, ob es sich auch wirklich nur um eine einfache Quittung handelt, die keinerlei Zusätze enthält. Meist haben die sogenannten Ausgleichsquittungen folgenden Wortlaut:

„Der Unterzeichnete bestätigt hiermit, daß er seine Arbeitspapiere, seinen Entlassungsschein und seinen Restlohn erhalten und keinerlei Ansprüche mehr an die Firma hat.“

Die Worte „keinerlei Ansprüche“ werden vor dem Arbeitsgerichte zum Verhängnis. Es ist schon vorgekommen, daß ein Arbeiter erst nach Unterschreiben dieser Ausgleichsquittung merkte, welche große Dummheit er gemacht hatte. Er erklärte dann gleich im Beisein von Zeugen, daß er nur den Erhalt der Papiere und des Lohnes habe bescheinigen wollen. Das Arbeitsgericht entschied, weil er gleich nach Leistung der Unterschrift sie widerrufen und somit den Verzicht rückgängig gemacht hatte, zu seinen Gunsten.

Hat ein minderjähriger Arbeiter eine solche Ausgleichsquittung unterschrieben, so kann sein gesetzlicher Vertreter — der Vater oder der Vormund — die Gültigkeit der Verzichtserklärung anfechten, indem er geltend macht, daß der Minderjährige gegen den Willen des Vaters oder des Vormundes einen Verzicht geleistet hat, zu dem er ohne besondere Vollmacht nicht berechtigt gewesen sei. Unter Umständen kann auch geltend gemacht werden, daß der Unternehmer die Jugend und Unerfahrenheit benützt habe, um sich unberechtigtweise einen Vorteil zu verschaffen, und

Die Eiserne Internationale

Ihr Kongreß in Kopenhagen

F. K. Die letzten Tage im August wird in Kopenhagen der Kongreß des Internationalen Metallarbeiter-Bundes beisammen sein. Das Pflichtenheft der viertägigen Tagung läßt an Reichhaltigkeit nichts zu wünschen übrig. Außer der Behandlung der dreijährigen Tätigkeit des internationalen Sekretariats und sonstigen organisatorischen Dingen sollen Berichte über die Wirtschaftslage von nicht weniger als sechs Ländern gegeben und schließlich ein Werbefond für die Länder mit schwachen Organisationen geschaffen werden. Wenn man nun bedenkt, daß die Verhandlung in mindestens drei Sprachen geführt oder übersetzt werden muß, wodurch sich die wirkliche Beratungszeit um zwei Drittel verkürzt, so kann man ermaßen, daß sehr fleißig geschäftet und äußerst sachlich geredet werden muß, will man Ersprießliches erreichen.

Nun hat freilich der internationale Sekretär, Kamerad Konrad Ilg, den Hauptteilen der Tagesordnung trefflich vorgearbeitet durch einen umfangreichen Bericht. Er umfaßt nicht weniger als 350 Seiten, die Zahlen sind nicht gerechnet. Wer immer sich über den Stand der internationalen Metallindustrie sowie über die Lage ihrer Arbeiter und deren Organisationen unterrichten will, der greife zu diesem Buch. Es stellt eine Fundgrube metallindustrieller Unterrichtung dar. Daß wir hier (auf engem Raum) nur karge Bruchstücke des Berichtes geben können, leuchtet ein.

Zunächst ein paar Zahlen über die Stärke unserer Internationale. In den drei Jahren 1927 bis 1929, auf die sich der Bericht erstreckt, ist die Mitgliedschaft von 1617 000 auf 1 841 000 gestiegen. Von dieser Zunahme von 224 000 entfällt der Löwenanteil, nämlich 191 000, auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Der Rest verteilt sich zu ungleichen Teilen auf andere Verbände. Die stärkste der 27 Organisationen der Internationale ist der DMV, ihm folgen die Britische Abteilung mit 251 000, der österreichische Verband mit 120 000 und der belgische mit 100 000. Der Liliput in unserm internationalen Reigen ist der Goldschmiedeverband Oslos mit 500 Mann. Die 27 Organisationen (die Britische Abteilung als eine betrachtet) verteilen sich auf 19 Länder, und zwar auf 18 europäische und ein amerikanisches. Daran ist zu erkennen, daß unserer Internationale noch eine gewaltige Werbearbeit bleibt, wenn sie ihren Namen in seiner vollsten Bedeutung tragen will.

Aber das Hemd ist einem bekanntlich näher als der Rock. Diesem Erfahrungssatz gemäß hat die Leitung des Internationalen Bundes ihre Aufmerksamkeit und Kraft auf die nächstliegenden Notwendigkeiten gerichtet. Und unter diesen steht die Organisation der europäischen Hüttenarbeiter zu allererst. Obwohl diese die Organisation am allerersten brauchen, sind sie, abgesehen von England, entweder gar nicht oder ungenügend organisiert. Den Ursachen dieses üblen Standes der Dinge widmet der Bericht etliche Seiten. Da wir aber Zustände nicht nur erörtern, sondern auch ändern, bessern müssen, sind in dem französischen wie in dem östlichen Schwereisengebiet Werbeausschüsse eingesetzt worden, von denen schon etwas Erfolg mitgeteilt wird.

In dem östlichen wie in dem französischen Schwereisengebiet findet der gewerkschaftliche Werber schier unübersteigbare Hindernisse, besonders aber in dem französischen, wo sich 22 Nationen auf engem Eisenwerkboden tummeln und die obendrein in Faschisten, Kommunisten, Nationalisten und Gleichgültige geschachtet sind, die nur dann, und das sofort, einmütig handeln und kampfwütig werden, wenn ein sozialistischer Werber sie für die gewerkschaftliche Organisation und proletarische Solidarität gewinnen will. Auf diesem von Unternehmerfaust beherrschten, und von proletarischer Verirrung zerklüfteten Boden kann natürlich der gewerkschaftliche Same nur verzweifelt langsam aufgehen. Man wird sich mit unermesslicher Geduld wappend und die propagandistische Anstrengung vervielfachen müssen.

Übrigens liegt ein Antrag dem Kongreß vor, eine Kasse zur Unterstützung der Propaganda in Ländern mit schwachen Organisationen zu schaffen. Hierüber dürfte die Meinung etwas geteilt sein. Doch ist das eine Frage der Zweckmäßigkeit, die nach Prüfung der Umstände zu entscheiden ist. Bisher hat man bei dürftiger oder schwacher Organisationen von Fall zu Fall mit Bundesmitteln unterstützt. Die Summen mußten meist besonders ausgeschrieben und aufgebracht werden, weil die Beitragseinnahmen der Bundeskasse zu außerordentlichen Anwendungen nicht reichen. Die Einnahme aus den regelmäßigen Beiträgen ist in den Jahren 1927-29 von 48 000 auf 55 000 Franken oder um etwa 7 000 Franken gestiegen. Diesem Mehr an Geld steht aber ein Mehr an Obliegenheiten gegenüber. So häuslich wie auch das Geld verwendet worden ist, es lang schwerlich, einen internationalen Apparat zu unterhalten, wie ihn eine Organisation von dem Umfang und der Schaffenspflicht der Eisernen Internationale haben muß.

Kein Zweifel, wir und noch viele andere Genossen wünschen von unserer Internationale eine lebhaftere Tätigkeit auf weltwirtschaftlichem, antikriegsgerischem und organisatorischem Gebiete. Wir möchten ferner, daß ihre Zeitung die wirtschaftlichen Weltfragen wie Rationalisierung, Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr grundlegend behandelt und auf diese Weise die ganze Presse der Metallarbeiter befruchtend, ermunternd, stärkend beeinflusst. Kurz, wir möchten, daß die Internationale, die das eherne Rückgrat der Wirtschaft bildet und die die größten Wachstumsaussichten hat, die beste und wirksamste von allen Internationalen sei. Allein, wenn wir und mit uns die andern diesen Wunsch aussprechen, wollen wir nicht vergessen, daß der Knüttel beim Hunde liegt: daß zu der Erfüllung der großen Aufgaben oder Notwendigkeiten auch größere Mittel und mehr Kräfte gehören, als bislang dem Bunde zur Verfügung standen. Ohne geziemendes Rüstzeug läßt sich eben

das Geziemende nicht vollbringen. Das sollte bedacht, dem sollte abgeholfen werden.

Der jetzige Kongreß ist gewissermaßen ein Jubiläum des Internationalen Metallarbeiter-Bundes. Denn vor zehn Jahren fand seine erste Zusammenkunft nach dem Kriege gleichfalls in Kopenhagen statt. Mit banger Gefühlen sind wir damals dorthin gereist. Wir wußten noch nicht, ob es gelingen werde, die Bande zwischen den Genossen der verschiedenen Länder wieder zu schürzen, die der vierjährige blutige Wahwitz zerrissen hatte. Wir brachten aber damals den festen Willen mit nach Kopenhagen, das Menschennögliche zu versuchen, um den Bund wieder aufleben zu lassen. Der Versuch ist geglückt, besser als man annehmen mochte. Die alte zwischenstaatliche Gemeinschaft der Metallarbeiter bekam wieder Leben und Glut und eine größere zahlenmäßige Stärke. Ihre Nützlichkeit hat sie in diesem Jahrzehnt genugsam bewiesen. Aber damit darf sie sich und will sie sich nicht bescheiden, denn es sind heute der Notwendigkeiten viel mehr, die erfüllt werden müssen.

Wir sprachen schon vor dem Kriege vom internationalen Kapitalismus. Aber was war damals seine Internationalität gegen die heutige? Er hat sich in den Nachkriegsjahren dermaßen verfilzt und verflochten, daß man nirgends mehr von einem nationalen Kapitalismus sprechen kann. Die amerikanische Hochfinanz bahnt den Weg in die Industrien der Welt; sie wird allgemach überall zur Oberherrschaft der Wirtschaft, wenn nicht der Regierungen. Und andererseits strebt das Kapital eines jeden Landes der alten Welt über die Grenzen hinaus, um dort Anlagemöglichkeit zu nutzen und Gewinn zu machen. Mit der finanziellen Durchdringung der Welt geht die internationale Organisation des Unternehmertums Hand in Hand. In fast jeder der Großindustrien bestehen zwischenstaatliche Kartelle, die heute

den Weltmarkt verteilen und den Verbrauchern die Preise diktieren, und die morgen den Arbeitern allerwärts ihre Bedingungen aufzwingen werden, wenn es nicht schon geschieht. Gleichzeitig wird allenthalben emsig rationalisiert, unzählige Arbeiter außer Stellung und Brot gesetzt, und dann die Arbeitslosenmasse oder ihre Not für Lohnkürzung und Fesselung der Arbeiter genutzt.

An all das konnten wir vor zehn Jahren in Kopenhagen noch nicht denken, weil niemand voraussehen vermochte, welche Kräfte der Krieg entfesselt, und daß sie sich dermaßen auswirken würden. Heute, wo wir den Gang der kapitalistischen Dinge an der Gestaltung der politischen Verhältnisse wie an der ungeheuren Arbeitslosigkeit erfahren und daher ahnen, wissen können, was uns noch bevorsteht, heute muß unsre Internationale versuchen, beherzter in die Entwicklung einzugreifen. Unnötig zu betonen, daß die Eiserne Internationale vermöge der wirtschaftlichen Bedeutung ihrer Berufsgruppe in dem Auf und Nieder des kapitalistischen Werkeltages wie in der Gesamtentwicklung und Ablösung des Kapitalismus die allerbedeutendste Rolle zu spielen berufen ist. Denn in der Metallindustrie ist der Kapitalismus nicht nur am weitesten internationalisiert, hier sitzen auch seine rücksichtslosesten Verfechter. In der Metallindustrie wird die Arbeiterklasse ihre schwersten und auch ihre letzten Kämpfe zu bestehen haben.

Hierfür müssen die Kampfsmöglichkeiten erwogen, entsprechende Kampfsmittel geschafft oder vermehrt werden. Dem ist die Tagesordnung des Kongresses von Kopenhagen trefflich angepaßt. Dort soll die Wirtschaftslage der verschiedenen Länder erörtert, durchleuchtet und das Ergebnis in praktische Formen des Kampfes gebracht werden. Und dies heißt nichts anderes, als die Eiserne Internationale geistig wie organisatorisch mehr auf die Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe bringen.

Diktatur in Polen

Kesseltreiben gegen die freie Arbeiterbewegung

Der politische Beherrscher der polnischen Republik ist der ehemalige Sozialist Josef Pilsudski, der in seinen besseren Tagen in den „unterirdischen“ Kämpfen gegen das im Arbeiterblut watende Zarentum eine äußerst tatkräftige Rolle spielte. Wofür er ehemals stritt, das verdammt er heute in Grund und Boden. Die „allererlauchteste polnische Republik“, wie der Staat von den Nationalisten genannt wird, ist Pilsudski nichts weiter als ein Tummelplatz für seine militärischen Spielereien, die den preußischen Kommiss in mancher Hinsicht weit in den Schatten stellen. Die „Ehre“ des polnischen Offiziers ist ein Etwas, vor dem der gewöhnliche Sterbliche in Ehrfurcht zu erschauern hat. Wehe dem Zivilisten, der ein abfälliges Wörtchen über „unsere herrlichen Soldaten“ verlauten läßt! Dem kann allerhand passieren, wie zahlreiche Fälle beweisen. Als besondere Heldentat erachten es die Herren Offiziere, den Redakteur eines oppositionellen Blattes im Büro zu überfallen und mit der Reipolzei zu mißhandeln, denn solche „Kanaille“ sei nichts anderes als die Peitsche wert. Dafür lassen sie sich von ihrsgleichen als mutige Helden und Rächer der Offizierssehre feiern.

Die regierende Partei ist die sogenannte Sanacia, d. h. die Partei der Gesundheit. Als sie vor vier Jahren ans Ruder kam, gab sie dem Volke das feierliche Versprechen, die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu sanieren, zu gesunden. Aber statt dessen ist das genaue Gegenteil eingetroffen. Die Wirtschaft steht am Rande des Abgrundes. Die Produktion geht katastrophal zurück, die Not steigt ins Ungemessene. Der Fleischverbrauch, gewöhnlich ein Gradmesser der Lebenshaltung, ist um etwa 40 vH gesunken. Die niedrigsten Löhne werden in Polen gezahlt. Breiteste Schichten der werktätigen Bevölkerung haben kein Geld, Kleidung und Schuhwerk zu kaufen. In den meisten Fabriken wird nur noch kurz gearbeitet. Die Zahl der Arbeitslosen — sogar in der Landwirtschaft — ist auf eine Stufe geklettert, die wohl nicht mehr zu überspringen ist. Die Arbeitslosenunterstützung ist kurz und gering, Tausende von Ausgesteuerten haben nichts zu beißen und zu brechen. Der Sejm ist fast jeder Einflußnahme auf die Geschicke des Landes beraubt. Wenn er nicht gefügig ist, wird er einfach nach Hause geschickt. Seit Monaten schon hat er keine Sitzung abgehalten. Die demokratischen Parteien, die im Sejm die Linksmehrheit darstellen, werden verfolgt und schikanieren. Sie veranstalteten neuerdings in Krakau eine gewaltige Demonstration, die das Volk zu flammendem Protest gegen die Willkürherrschaft der Sanacia aufrief und im ganzen Lande eine kraftvolle Abwehrbewegung entfachte. Jedes Mittel war der Regierung recht, den Kongreß zu hintertreiben. Trotzdem gelang ihr die Absicht nicht. Sie rücht sich nunmehr an den einflussreichen Teilnehmern des Kongresses mit den schäbigsten Mitteln der polizeilichen Verfolgung.

Als Ergebnis der vierjährigen Herrschaft der Sanacia ist jetzt eine allgemeine wirtschaftliche, politische und rechtliche Unsicherheit zu buchen. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen, die von den freien Gewerkschaften großzügig ausgebaut wurden, wurde zertrümmert. Verdienstvolle Beamte der Krankenkassen wurden entlassen und durch regierungsfreundliche Kreaturen ersetzt, die jetzt mit dem Geld der Versicherten nach eigenem Gutdünken schalten und walten. Defraudanten, Lebemänner, unfähige Postenjäger machen sich in Amt und Würden breit. Nationalsozialistisches Gesindel überfällt Sozialisten, Mitglieder und Führer der freien Gewerkschaften auf offener Straße oder in Versammlungen, schlägt die Opfer blutig, mordet und plündert. Dem Gesindel wird, wenn auch die Namen der Verbrecher oder die Autonomnummern der Polizei mitgeteilt werden, meist kein Haar gekrümmt, dagegen passiert es oft, daß die Ueberfallenen als schuldig befunden werden. Den freien Gewerkschaften werden zahlreiche Hindernisse in den Weg gelegt, wogegen sich die nationalistischen Organisationen jeder Freiheit und Unterstützung erfreuen.

Es ist notwendig, hier die Anklage anzuführen, die ein sozialistischer Abgeordneter der Regierung öffentlich entgegenschleuderte:

„Der ganzen öffentlichen Meinung ist es heute klar, daß die Diktaturherrschaft nur die Saat der Zersetzung, der Korruption, der schlechten Sitten ist. Alle Gebiete des staatlichen Lebens sind verlottert, die gesamte Verwaltung ist der Fäulnis anheimgefallen. Als Herr Skladkowski die Regierung übernahm, nahm die Fäulnis innerhalb dieses Apparats immer noch mehr zu. Heute wissen wir, daß wir nicht eine Diktatur, sondern Hunderte von Diktaturen haben. Jeder Regierungspräsident, jeder Landrat, jeder Polizist ist eigentlich ein Diktator, jeder auf seine Weise. Wenn schon eine Zentralbehörde, ein

Ministerium das Gesetz brechen „darf“, so fühlt sich weiterhin ein Regierungspräsident berufen, den Minister zu korrigieren, der Landrat verbessert den Regierungspräsidenten, der Polizist den Landrat. Dieses Bild der polnischen Verwaltung könnte einem Fremden vielleicht grotesk erscheinen, wenn es für uns selbst nicht so tragisch wäre.

Es ist festzuhalten, daß die Geheimpolizei in Banditenstücken aller Art verwickelt ist, was unsererseits schon verschiedentlich festgestellt wurde. Das von uns gelieferte Beweismaterial liegt nunmehr im Ministerium des Innern. Auf Grund dessen sind wir zu der Behauptung berechtigt, daß das Innenministerium mitsamt seinem ganzen Verwaltungsapparat auf die niedrigste Stufe gesunken ist. Jeder Verein, jeder Verband, der nicht amtlich gesegnet ist, wird als staatsfeindlich betrachtet. Selbst die kleinste Konsumgenossenschaft wird als staatsfeindlich abgestempelt. Freie Gewerkschaften, sozialistische Vereine verfallen von vornherein der behördlichen Feme. Selbst zur Besprechung von Lohnangelegenheiten dürfen sich die Arbeiter nicht versammeln. Gemeindevorsteher, Gemeindevertreter werden ihres Amtes entgegen dem Gesetz sofort entbunden, sobald sie irgenwie Einspruch wagen. Die Polizei betrachtet sich gewissermaßen als Rollkommando des Strafvollzugs. Ein Polizist hat vor Gericht mehr zu sagen als dreißig Zeugen. Politische Gefangene werden mißhandelt und gefoltert. In Mjelez wurden solche Gefangene blutig geschlagen und die Treppe hinuntergeworfen. Vor Gericht wurde festgestellt, daß die Gefangenen zum Geständnis dadurch gepreßt wurden, daß man sie auf die Fußsohlen schlug und ihnen Wasser in die Nase goß. Kein Wunder, daß die Bevölkerung im Osten zu Sowjetrußland gehören möchte.“

Victor Kalinowski

In Frankreich wird Weizen verfüttert

Auch in Frankreich war ein Ueberschuß an Weizen vorhanden, da die vorjährige Ernte den Inlandsbedarf erheblich überstieg und außerdem noch umfangreiche Mengen eingeführt wurden. Um den Preissturz aufzuhalten, wurden die Zölle von 50 auf 80 Franken je Doppelzentner erhöht, was aber angesichts des Ueberangebots an Inlandsweizen wenig nützte. Der Weizenpreis sank bis zu 115 Franken. So griff die Regierung zu anderen Maßnahmen. Den inländischen Produzenten wurde eine Ausfuhrvergütung für den Fall, wenn sie Weizen ausführen und damit die inländischen Vorräte verknappten, gewährt, außerdem wurde das Gesetz, das die Verfütterung von Weizen verbietet, aufgehoben. In der Tat wurden außerordentlich große Mengen verfüttert. Auf diese Weise konnten die Brotgetreidevorräte derart verknappt werden, daß der Weizenpreis in den letzten drei Wochen sehr schnell in die Höhe ging, ja sogar einen Stand erreichte, bei dem ein Teil des Getreidehandels große Verluste erlitt, ja zusammenzubrechen drohte. Mit Rücksicht darauf wurde auf der Getreidebörse ein Weizenpreis von 160 Franken festgesetzt, was immer noch eine erhebliche Preissteigerung gegenüber früher bedeutet. Das schlechte Wetter in der letzten Zeit, das die neue Ernte erheblich schädigte, trug zur Steigerung des Weizenpreises bei.

Aus Sowjetrußland

Ueber die Tätigkeit und das Auftreten der deutschen Arbeiter aus dem Ruhrgebiet, die kürzlich zur Uebernahme von Bergarbeiten im Donezbecken eingetroffen sind, äußert sich die Sowjetpresse sehr anerkennend. Die Prawda schreibt darüber (7. August) folgendes:

„Schon gleich zu Anfang haben die Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet mehrere beachtenswerte Vorschläge zur Rationalisierung eingebracht. Die deutschen Bergarbeiter geben ein Beispiel verständnisvoller Stellungnahme zur Sozialisierung der Arbeit. Eine Gruppe der Deutschen hat in der Grube Jungkommunist zwecks Erhöhung der Ausbeute freiwillig auf ihren Ruhetag für die Dauer eines Monats verzichtet, mit der Erklärung, daß sie an diesem Tage ohne Lohn zugunsten des Fünfjahresplanes arbeiten wollten. Bei ihren Arbeitskollegen haben die deutschen Bergleute einen sehr herzlichen Empfang gefunden, das ist die beste Bürgschaft für erfolgreiche Zusammenarbeit. — In den nächsten Tagen trifft in Charkow eine zweite Gruppe von deutschen Bergarbeitern ein, etwa 300 mit Frauen und Kindern.“

Warum warst du nicht organisiert?

Von Arbeitersekretär Dr. Maab

Ich bin sehr oft auf dem Arbeitsgericht und beim Ober- versicherungsamt, weil ich Arbeitersekretär bin. Es kommt dabei vor, daß ich zuhören muß, weil ich noch nicht dran bin. Da hört man so allerlei. Neulich hörte ich einem Streit zu, in welchem ein Landwirt, vertreten durch seinen Landbunds- syndikus, eine jugendliche Landarbeiterin verklagt hatte, weil sie angeblich aus der Arbeit fortgelaufen war und da- durch dem Landwirt Schaden zugefügt hatte. Die Kollegin war nicht organisiert und konnte sich absolut nicht helfen. Sie konnte kaum sprechen. Sie hatte ihren Vater mitgebracht, der zwar etwas bestimmter auftrat, aber sich in die Bestim- mungen des Rechtes auch nicht hineinfaßt.

Der Schaden, den der Landwirt geltend machte, betrug etwa 30 M. Ich hörte der Verhandlung zu und kriegte bald heraus, daß das Mädchen deswegen fortgelaufen war, weil sie von dem Gutsbesitzer geschlagen worden war. Der Land- bundsyndikus bestritt das auf das Entschiedenste und ver- wahrte sich mit hochtönenden Worten gegen eine solche Ver- dächtigung seines Auftraggebers. Als der Vorsitzende des Gerichts nun vom Mädchen einen Beweis verlangte, aus dem hervorging, daß sie tatsächlich geschlagen worden war, kamen beide, Vater und Tochter, in Verlegenheit. Das Mäd- chen wies allerdings schüchtern auf eine ziemliche Narbe am Hals hin und behauptete, daß diese von dem brutalen Griff des Landwirts herrühre. Aber da sie keine weiteren Be- weise hatte als lediglich ihre eigenen Behauptungen, wurde ihr nicht geglaubt.

Die Aussichten des Landwirts, der das Mädchen nach allen Regeln der Kunst schlecht machte, waren sehr günstig. Das arme Kind begann schließlich bitterlich zu weinen. Der Vater stand hilflos daneben. Der Landbunds syndikus lächelte über- legen: Die Güteverhandlung war beendet. Um 11 Uhr war die streitige Verhandlung.

Ich konnte das nicht mehr ansehen. Nach Schluß der Güte- verhandlung rief ich mir beide Beklagten heran und machte sie auf ihre Prozederfehler aufmerksam. Zunächst rief ich, sofort einer Organisation beizutreten. Ich mußte erfahren, daß der Vater organisiert war, seine Tochter aber nicht. Ich erreichte, daß sich die Tochter dem Landarbeiterverband anschloß, und übernahm mit Einverständnis der Organisation noch schnell die streitige Verhandlung. Von dem Vater des Mädchens erfuhr ich, daß der Landwirt das Mädchen in roher Weise am Hals gewürgt hatte, so daß dieses sogar eine blutende Wunde am Halse davontrug. Ich erfuhr, daß des- wegen und wegen der Beschimpfungen und Beleidigungen der Vater den Friedensrichter angerufen hatte und daß dort beinahe ein Vergleich geschlossen worden war, in welchem der Landwirt sich zu einer geringen Buße beinahe bereit erklärt hatte. Ich erfuhr, daß ein Knecht des Landwirts hinzugekommen war, gerade als der Landwirt einen Knüttel ergreifen wollte, um die Kollegin zu schlagen.

Die streitige Verhandlung begann. Ich überreichte Voll- macht und bemerkte, wie der Landbunds syndikus mich mil- trausch angrinste. Natürlich bestritt er sofort, daß das Mäd- chen organisiert sei und sie vertreten dürfe. Ich konnte ihm das Mitgliedsbuch vorzeigen. Aber dann blätterte ich los. Ich beantragte erstens Abweisung der Klage und erhob Wider- klage des Inhalts, den Landwirt zu verurteilen, der Kollegin den Lohn für 14 Tage zu zahlen, ihr die ausgefallene Kost und Wohnung zu ersetzen, und ihr außerdem ein Schmerzens- geld zu zahlen. Das Gesicht der beiden anderen wurde länger und länger. Ich überreichte das Sühnengeld des Friedensrichters, aus dem hervorging, daß der Landwirt es zugegeben hatte, die Kollegin geschlagen zu haben, benannte den Knecht als Zeugen, daß der Landwirt noch einen Knüttel in der Hand gehabt und das Mädchen geweiht hatte und ver- wies schließlich auf den Arzt, der die Wunde am Hals behandelt hatte.

Die Wirkung war vernichtend. Der Richter machte große Augen. Der Landwirt und sein Syndikus kamen ins Stottern. Der Prozeß wurde gewonnen, die Klage des Landwirts wurde abgewiesen, der Landwirt wurde verurteilt, alles zu bezahlen. Groß war die Freude!

Wieviele solcher Transenspiele mögen sich vor dem Arbeits- gericht abspielen! Wieviele Kollegen und wieviel Kolleginnen suchen ihr Recht vor den Arbeitsgerichten, ohne zu wissen, daß dazu eine gewisse Erfahrung gehört! Allen diesen rufe ich zu: Warum warst du nicht organisiert?

Aber es gibt auch solche, die die Vorteile der Organisation für sich in Anspruch nehmen, ohne einer solchen anzu- gehören. Klage da ein entlassener Tischler seinen Tariflohn ein. Er war weit unter Tarif bezahlt worden. Als ich ihn nach dem Güteverhandeln nach seiner Organisation fragte, sagte er, daß er einer solchen nicht angehöre. Dabei klagte er den Tariflohn ein, den die Holzarbeiterorganisation geschaffen hatte. Als ich ihn auf das Verwerfliche seines Handelns auf- merksam machte, schwieg er betreten. Die Klage des Tisch- lers wurde abgewiesen. Es mag ihm eine Lehre gewesen sein. Warum warst du nicht organisiert?

Fast noch schlimmer ist es vor dem Oberversicherungsamt. Ein Steinarbeiter hatte einen Unfall im Betriebe erlitten. Die Berufs genossenschaft weigerte sich, Rente zu zahlen, weil der Anspruch zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens zwei Jahre nach dem Unfall anzumelden ist. Das hatte der Kollege nicht gewußt. Da er einer Organisation nicht angehörte, war er nicht aufgeklärt worden. Seine Berufung wurde verwor- fen. Das durch Stein splitter beschädigte Auge bleibt, eine Entschädigung wird nicht gewährt. Der Mann ist für sein ganzes Leben erheblich geschädigt. Er hat die Frist ver- säumt.

Als ich ihn auf die Fristversäumnis aufmerksam machte, war er wie geschlagen. Er fragte, ob ich ihm nicht helfen könnte. Ich erwiderte, ich sei nur für Mitglieder der freien Gewerkschaften tätig. Aus seinen Äußerungen erfuhr ich, daß er früher einmal Mitglied gewesen, später wegen per- sönlicher Verstimmungen aber ausgeschieden ist. Er bereitete es bitter. Warum war er nicht organisiert?

„Können Sie mich nicht vertreten?“ werde ich oft vor dem Oberversicherungsamt gefragt. Diesmal war es ein städti- scher Arbeiter, der jahrelang schwer gearbeitet und nun einen Unfall erlitten hat, bei dem sein Knie steif geworden ist. Die Sache stand schlecht. Der Unfall war nicht erwiesen. Zwar konnte die Berufsgenossenschaft nicht leugnen, daß das Knie steif war, aber sie stütze sich auf das Gutachten der Ärzte, welche einmütig feststellten, daß die Steifheit des Knies wohl die Folge eines Unfalles sein könnte, aber wahr- scheinlich eine Folge des Alters wäre, wenn nicht der Nachweis erbracht würde, daß der Unfall tatsächlich sich er- eignet hat. Im Gespräch mit diesem Rentensucher stellte sich heraus, daß er nach Möglichkeit immer allein gearbeitet hatte, weil seine Kollegen ihn angeblich wegen mangelnder Vertrauenswürdigkeit ablehnten. Sie hätten ihm immer in der Nähe gelegen, daß er dem Verband beitreten solle. Er wollte aber die Beiträge bei dem schlechten Lohn sparen und trotz Dringens nicht Mitglied werden.

So hatte sich allmählich eine gewisse Spannung zwischen ihm und den Kollegen gebildet, die schließlich dazu führte, daß er sich absanderte und nach Möglichkeit einsame Arbeits-

plätze wählte. In diesem Bestreben nach Absonderung war er natürlich vom Unternehmer unterstützt worden. Und da war er eines Tages gestürzt. Nach einer Woche verstärkten sich die Schmerzen. Er ging zum Arzt und ließ sich behän- deln, sagte wohl, er sei einmal gestürzt, machte jedoch kein Aufhebens davon. Der Arzt hielt es also nicht für eine Folge des Unfalles; Zeugen für den Unfall waren nicht vorhanden.

Vor dem Oberversicherungsamt kommt es nicht darauf an, nachzuweisen, daß der Unfall möglicherweise sich er- eignert hat, sondern darauf, daß er sich zugetragen hat, min- destens aber mit hoher Wahrscheinlichkeit. Infolge seines abgelegenen Arbeitsplatzes hat kein Kollege den Unfall ge- sehen. Da der verletzte Kollege nicht im Verband war, war er nicht unterrichtet; daß er sofort den Unfall zu melden hatte. Kurz und gut: die Klage wurde abgewiesen, da Zeu- gen nicht benannt werden konnten und der Unfall auch nicht gemeldet worden war. Warum warst du nicht organisiert?

Die Verewigung der Krise

„In normalen Krisenzeiten wäre es zu der Maßnahme nicht gekommen, aber man glaubt, eine endlose Krise prophe- zien zu müssen“, in diesem Sinne gibt die „F. Z.“ (197) in einem Bericht über den Angestelltenkonflikt in der Berliner Metallkrise die Ansicht der Metallindustriellen wieder. Die „endlose Krise“ kann doch nichts weiter bedeuten als klare Bankrotterklärung der kapitalistischen Wirtschaft oder das Nichtwollen, die Krise zu meistern.

Ist es nicht ein Hohn, wenn den deutschen Wählern an allen Straßenecken entgegensteht, daß nur die freie auf der persönlichen Verantwortlichkeit des Unternehmers beru- hende Wirtschaft uns aus dem „Eiend“ herauszuführen ver- mag! Wer hindert die Unternehmer, an der freien Entfaltung ihrer Führereigenschaften! Alle einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen machen davor halt.

Drei Millionen Arbeitslose liegen auf der Straße. Löhne und Gehälter werden abgebaut, die Sozialpolitik wird in ihren Leistungen nach dem Willen der Unternehmer herab- gesetzt. Soziales Unternehmerwetter auf der ganzen Linie! Und trotzdem die Zweckmacherserei, trotzdem „endlose Krise!“ Soll das etwa bedeuten — und es kann nichts ande- res bedeuten — als das den Wirtschaftsführern der Sozial- und Lohnabbau noch nicht weit genug geht? Die Verewigung der Krise nach dem Willen der Wirtschaft heißt ein- fach nichts anderes als die Arbeiter- und Angestelltenschaft noch mehr zu knebeln. Die Unternehmer wollen reinen Tisch machen! Sie wollen die Arbeiter und Angestell- ten den Ultras von rechts und links in die Arme treiben, weil sie von einer Stärkung beider nichts zu fürchten haben. Die Ultras von links sind in Wirklichkeit nur arme Toren, die die von rechts dagegen besorgen unter dem Aushänge- schild des „Sozialismus“ die Geschäfte des Unternehmertums, daß für die Zwecke Geld genug hat. „Endlose Krise“ — die kommende Wahlenentscheidung muß mit diesem Spuk auf- räumen.

Wenn das nicht übelste Demagogie ist....
„Wer eine schwache Regierung und damit das Vertrauen zu Staat und Wirtschaft und in Staat und Wirtschaft zurück- halten und infolgedessen längere Zeit drei bis fünf Millionen Arbeitslose will, die kein deutscher Staat und keine deutsche Wirtschaft dauernd ausreichend unterstützen kann... wer die Quellen der Sozialpolitik, die Wirtschaft austrocknen und damit in kurzer Zeit Sozialpolitik auf dem Papier machen will, wer aus falscher Ideologie und aus Furcht vor den Kommunisten die Verantwortungsscheu zum Lebensmement der deutschen Politik machen will, der wähle am 14. Sep- tember radikale Sozialisten.“

so sprach wörtlich am 3. August laut der Zeitschrift „Der Turm“, der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald in Essen. Diese Worte werden aber erst voll verständlich, wenn man sie mit dem Gedankengang der Unternehmer von der „endlosen Krise“ verbindet. Der Herr Reichsarbeits- minister hat sich mit einer geradezu bewundernswürdigen Anpassung die Unternehmerauffassung zu eigen gemacht, um die Arbeiterschaft zu schrecken. Seine Notverordnung über den Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung der Krankenversicherung zeigen, daß er gewillt ist, die Unternehmergedanken auch in die Wirklichkeit umzusetzen.

Berechnung der Kurzarbeiter- unterstützung

Die Arbeiter in gewerblichen Betrieben mit mindestens zehn Arbeitern erhalten Kurzarbeiterunterstützung bei Ausfall von 3, 4 oder 5 Arbeitstagen. Als voller Arbeitstag gilt ein Sechstel der gewöhnlichen Wochenarbeitszeit. Die Kurzarbeit muß vom Betrieb dem Arbeitsamt gemeldet sein. Bei Unterlassung hat es der Betriebsrat zu melden.

Der Tagessatz der Unterstützung wird nach dem Durch- schnittslohn der letzten 26 Wochen berechnet. Der Betrag, den ein Kurzarbeiter erhält, wird nach einer der 11 Lohnklassen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unter Berücksichtigung des Familienstandes berechnet und beträgt:

Anzahl der Woche Arbeitstage	Tagessätze		
	led.	verk.	verk. 1 Kind
3	1	1	2
4	2	2	2½
5	3	3	3½

verk. 2 u. mehr Kinder
2½ Tage
3 Tage
4 Tage

Zum Beispiel: Ein Wochenverdienst von 37,50 M fällt in die Lohnklasse VII, die den Lohn von 36 bis 42 M erfährt, würde bei 3 Tagen Kurzarbeit eine Kurzarbeiterunterstützung er- gehen:

- ledig und verh. ohne Kind 1 Tag mal 2,44 = 2,44 M.
- verk. mit Frau und 1 Kind 2 Tag mal 3,09 = 6,18 M.
- verk. mit Frau und 2 Kindern 2½ Tag mal 3,41 = 8,54 M.

Ist der Lohn aus der Kurzarbeit und der Kurzarbeiterunter- stützung so hoch, daß die Versicherung gegen Krankheit in einer höheren Stufe erfolgen könnte wie bei dem Kurzarbeiterlohn von 5 oder mehr Tagen, so zahlt das Arbeitsamt die Differenz für den höheren Betrag zur Krankenkasse, wenn dies binnen zwei Wochen keine Arbeitsamt beantragt wird.

Die Kurzarbeiterunterstützung darf nicht höher sein als die Arbeitslosenunterstützung, die der Kurzarbeiter erhielt, wenn er arbeitslos wäre. Kurzarbeiterunterstützung und Arbeitslohn zusammen dürfen fünf Sechstel des vollen Arbeitslohnes nicht übersteigen.

Die Kurzarbeiterunterstützung wird gewährt, wenn der Be- trieb unmittelbar vor der Inanspruchnahme mindestens zwei Wochen hintereinander gerührt hat, oder wenn die Arbeitszeit- verkürzung in den zusammenhängenden Kalenderwochen min- destens acht volle Arbeitstage betragen hat.

Ein vortreffliches Kampfmittel

In ihrer Kaufkraft hat die Arbeiterklasse ein vortref-liches Kampfmittel. Es ist so wirksam wie der Streik. Es kann auch von Frauen und Kindern angewendet werden. Und es heischt keinerlei Opfer, sondern bringt nur Vorteile. Die Anwendung dieses vorzüglichen Kampfmittels besteht darin, den Bedarf an Waren in eigenen Laden, in dem Konsumverein zu decken. Hier gibt es wohlfeile Waren und geldliche Vergünstigungen obendrein.

Wird das sauer verdiente Geld des Arbeiters in den Konsumverein getragen, werden Hunderttausende von Kaufleuten, Krämern und Zwischenhändlern ausgeschaltet, die alle am Tische der Nation mitessen, ohne produktive Arbeit zu leisten. Wird gleichzeitig Hundert- tausenden von Arbeitern in den Genossenschaftlichen Beschäftigung und Unabhängigkeit verschafft. Wird der Heer der Arbeiter vergrößert, die sich eines auskömm-lichen Lohnes und des Achtstundentages erfreuen. Wird die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse beträchtlich vergrößert. Und dies wirkt sich für die ganze Arbeiter- klasse aus, indem es ihren Wohlstand vermehrt und ihr- endliche Erlösung vom kapitalistischen Joch fördert.
F. K.

Die Affenkomödie von Lörrach beendet

Seit einigen Jahren spielt in den Reihen der Unternehme- ein gewisser Dr. Schenz, Textilfabrikant in Lörrach eine gewisse Rolle. Er hatte in seinem Betriebe eine Werks- gemeinschaft aufgezogen, die als Muster der Zusammenarbei- zwischen Kapital und Arbeit hingestellt wurde. In vielen Vorträgen hat Dr. Schenz seine Erfolge in die Welt posam- wobei er besonders seiner Freude darüber Ausdruck gab seine Werksangehörigen völlig von den übrigen Berufs- genossen isoliert zu haben. In dem Betriebe von Schenz sollten hohe Löhne bei günstiger Organisation der Arbeit erreicht werden. Ein raffiniertes Rationalisierungssystem wurde durchgeführt. Den Arbeitern von Schenz wurde ver- sprochen, daß bei Akkordverdiensten keine Abzüge erfolgen sollen. Da plötzlich wurde, wie wir dem „Textilarbeiter“ entnehmen, an die Arbeiterschaft das Verlangen gestellt, den Lohn um 30 vH zu ermäßigen. Das hatte selbst die geduldi- gen Werksgemeinschaftler in Erregung gebracht, was zu Folge hatte, daß in einer tumultartig verlaufenden Betriebs- versammlung die Aufhebung der Werksgemeinschaft be- schlossen wurde.

Damit war eine Komödie zu Ende, die weit über das- badische Musterlande hinaus Beachtung gefunden hatte. Sicher waren es keine neuen Gedanken, die Herr Schenz in die Tat umgesetzt hatte. Er bewegte sich in den alten Ge- dankengängen der gelben Werksgemeinschaften. Neu war an den Gedanken, daß eine mit Hilfe der Rationalisierung durch- geführte Betriebsorganisation mit der käsinen Idee von der Interessengemeinschaft zwischen dem Arbeiter und dem Werke verbunden wurde und Herr Schenz als Apostel einer neuen Idee in der Welt herumfuhr. Jetzt kann sich Herr Schenz nicht mehr rühmen, seine Arbeiter von den übrigen Berufsgenossen zu isolieren. Die Arbeiterschaft des Schenz- schen Betriebes findet hoffentlich wieder vollständig den Weg zum Zusammenschluß mit der übrigen Textilarbeiterschaft. Die Affenkomödie ist beendet, es bleibt nur noch zu fragen, wer dabei die Affen waren.

Schriftenschau

Der 6. Band des großen Brockhaus. Soeben ist der 6. Band des Standard-Nachschlagewerkes (Verlag Brock- haus, Leipzig) erschienen. Er umfaßt die Buchstaben F bis G, kostet in Ganzleinen 26 RM., bei Umtausch eines alten Lexikons 23,50 RM. Wir schlagen bei Stich- wort Flugzeug den Band auf und lesen da: Am 17. De- zember 1903 führten die Brüder Wright den ersten Motor- flug aus, und es gelang ihnen, 12 Sekunden (Sekunden!) in der Luft zu bleiben. Heute treffen wir das Flugzeug als Verkehrsmittel in allen Teilen der Welt an, und die Höchst- geschwindigkeit, die man jetzt damit erreicht hat, beträgt 532 km in der Stunde. Wie wäre es einmal mit einem Flug durch den Band? Amerika, das Land der unbegrenzten Mög- lichkeiten, taucht in dem Artikel „Fliegarbeit“ auf. Wir tun einen Blick in einen modernen Betrieb, in dem am laufenden Band fabriziert wird; 16 vorzügliche Abbildungen geben uns eine lebendige Anschauung darüber. Dabei erfahren wir, daß die „Fliegarbeit“, die wir immer als eine Errungenschaft unserer Zeit angesehen haben, bereits im Jahre 1870 in den Schlachthäusern Chikagos angewendet worden ist. Unter „Garage“ sehen wir, wie man sich drüben bemüht, das „Problem“ Auto auch hinsichtlich der Raumfrage zu lösen. „Frankreich“ wird in dem Band überflogen (12 Karten, viele Statistiken, Übersichten usw. „Französische Kunst“ mit 47 teilweise bunten Bildern). Ein neues Gebiet taucht auf: Italien unter dem Stichwort „Faschismus“. Ein Besuch bei einem Kunstgeschichtler unterrichtet uns über „Fälschungen in der Kunst“ (mit 28 Bildbeispielen!). Die soziologischen Verhältnisse in Deutschland erscheinen in unserem Blickfeld: „Frauenarbeit im Kulturleben“. 11,4 Millionen erwerbstätige Frauen zählen wir 1925 in Deutschland. Weiter geht der Festenflug durch alle Erscheinungen des menschlichen Lebens, die von den Buchstaben F bis Gar umspannt werden.

Wer hat den Rhein befreit? Die aufgezogenen jungen Leute, die jetzt an ehemaligen Separatisten ihr Mützen kühlen wollen, geben uns ein Vorzeichen nationalistischer Befreiungsmethoden. Wie lange wird es dauern, bis die „nationa- len“ Parteien die Rheinlandbefreiung in ihr Verdienst um- lügen werden? Es ist sehr zu begrüßen, daß der „Vorwärts“-Redakteur Victor Schiff als guter Kenner der Außenpolitik seit dem Kriege frühzeitig den Kampf gegen diese voraus- zusehende Legendenbildung aufnimmt mit einer Broschüre „Wer hat den Rhein befreit?“ Verlag I. H. W. Dietz GmbH, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Das Schriftchen ist für 25 Pfg. in den Volksbuchhandlungen zu haben und unsere Lesern durchaus zu empfehlen.

Aus dem Inhalt

Dem Verbandstag zum Gruß	265
Berlins magische Gewalt	266
Unser neunzehnter Verbandstag — Aus alten Erinnerungen	268
Besteuerung der Kranken	267
Schönheitspflege fürs Volk	269
Werkverein nicht tariffähig — Vom Vorstand	270
Die Eiserne Internationale — Diktatur in Polen	271
Warum warst du nicht organisiert	272